

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Donnerstag, den 15. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Arbeit von Bern.

Die Konferenz von Bern bleibt eine Erscheinung der europäischen Geschichte, deren augenblicklichen Erfolg man bewerten mag wie immer, deren Bedeutung für die Zukunft aber gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Sie ist ein Anfang, sie ist eine Tat, sie ist die Bahnbrecherin eines großen Gedankens, der nun nicht mehr aus der Öffentlichkeit verschwinden wird. Daß sich dieser Gedanke bei dem ersten Versuch seiner Verwirklichung nicht gleich vollständig durchsetzen kann, daß er zu kämpfen hat gegen den Trägheitswiderstand derer, die am Althergebrachten festhalten, gegen den platten Spott jener, die über alles höhnen, was sie nicht verstehen, schließlich auch gegen die erbitterte Opposition der Leute, die sich die Völkerverheerung zum Beruf und zum Geschäft machen, ist nichts weiter als selbstverständlich. Aber ebenso gewiß ist, daß die kostbare Saat dieser ersten parlamentarischen Verständigungskonferenz Wurzel fassen wird in den Köpfen und Herzen der Völker, und daß der Tag der gemeinsamen Ernte kommen wird.

Der Gedanke ist von zwingender Einfachheit. Ueber das Maß der Rüstungen in allen Ländern bestimmen die Parlamente, die auswärtige Politik der Regierungen unterliegt der parlamentarischen Kritik. Nach dem Wortlaut der deutschen Verfassung hat der Reichstag allerdings nicht über Krieg und Frieden zu entscheiden, aber ein Krieg gegen den Willen der Volks- und Reichstagsmehrheit bleibt dennoch eine Unmöglichkeit. Bei dem gewaltigen Einfluß, den die Parlamente auf die Welt- und Rüstungspolitik ihrer Länder ausüben oder wenigstens ausüben können, ist es geradezu eine Selbstverständlichkeit, daß sie in direkte Beziehungen zueinander treten, um sich gegenseitig zu informieren und größere Klarheit über die weiter zu unternehmenden Schritte zu gewinnen. Eine solche Fühlungsnahme liegt im Interesse der an ihr beteiligten Parlamente wie der von diesen vertretenen Völker, sie wird aber aus einer bloßen Möglichkeit zur gebieterischen Notwendigkeit, sobald in dem Verhältnis der Nationen zueinander eine Verschärfung einzutreten droht.

Ein Krieg ist ein grauenhaftes Uebel; ihn zu unternehmen, ohne daß alle Möglichkeiten friedlicher Verständigung erschöpft sind, ist ein Verbrechen, an dem gemessen, die Tat eines gewöhnlichen Mörders als ganz unbedeutend erscheint. Von einer Erschöpfung aller Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung kann aber keine Rede sein, solange nicht den Völkern Gelegenheit gegeben worden ist, durch ihre gewählten Vertretungen miteinander zu verhandeln. Die Aussicht, solche Verhandlungen zu gutem Ende führen zu können, wächst, wenn die Volksvertreter von hien und drüben einander nicht mehr fremd gegenüberstehen, sondern sich schon in ruhigeren Zeiten kennen und verstehen gelernt haben. Darum kann die interparlamentarische Verständigung, so notwendig sie als solches ist, nicht nur als letztes Mittel für den äußersten Fall in Betracht kommen. Die Einberufung einer interparlamentarischen Konferenz, darf nicht alarmierend wirken, als Anzeichen eines bevorstehenden, kaum zu vermeidenden Krieges. Sondern es ist notwendig, daß eine ständige interparlamentarische Kontrollinstanz geschaffen wird, die die Entwicklung der internationalen Beziehungen überwacht und imstande ist, zur rechten Zeit vorbeugend zu wirken.

Der Beschluß der Berner Konferenz auf Einsetzung eines ständigen deutsch-französischen Parlamentarierkomitees ist daher mit großer Genugtuung zu begrüßen. Man wird sich allerdings keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieses Komitee noch keine mit öffentlich-rechtlichen Funktionen ausgestattete völkerrechtliche Körperschaft ist, zu der es sich mit der Zeit entwickeln muß. Weder die deutschen, noch die französischen Mitglieder dieses Komitees sind von der Mehrheit ihrer Parlamente gewählt. Es muß verlangt werden, daß an die Stelle dieses provisorischen Komitees ein ständiger deutsch-französischer interparlamentarischer Ausschuß tritt, dessen Wahl auf Grund eines Vertrages zwischen den beiden Staaten aus dem Plenum der beiderseitigen Parlamente zu erfolgen hat. Diesem Ausschuß wären alle wichtigen Angelegenheiten der auswärtigen Politik, die das deutsch-französische Verhältnis berühren, zur Vorberatung und Begutachtung vorzulegen.

Eine unbedingte Gewähr gegen den Ausbruch eines Krieges wäre durch eine solche völkerrechtlich anerkannte Einrichtung allerdings auch nicht gegeben. Wenn es wirklich wahr ist, daß der Interessengegensatz zwischen den Völkern unter Umständen keine andere Lösung als

die gewaltsame offen läßt, dann wird kein interparlamentarischer Ausschuß imstande sein, den Krieg zu verhindern. Aber gegen den Ausbruch leichtsinnig heraufbeschworener, aus Uebertreibung, Mißverständnis, Intrige, Leidenschaft entstehender Kriege wäre dadurch eine weitere wirksame Garantie geschaffen. Vor allem würde den Völkern die Gewißheit gegeben sein, daß sie nicht auf die Schlachtbank getrieben werden können ohne Recht der Selbstbestimmung, ohne vorheriges Verhandeln der beiderseits rechtmäßig gewählten Vertreter. Ein Krieg, der ausbräche, weil die Verhandlungen, die die Völker durch ihre Vertrauensmänner untereinander führten, ergebnislos geblieben sind, würde auf beiden Seiten als eine unvermeidliche Notwendigkeit empfunden werden. Darum müßte der Gedanke der interparlamentarischen Verständigung gerade bei den Patrioten Anklang finden, deren sehnlichster Wunsch es ist, im Kriegsfall eine vollständige Einigkeit des Volkes zu erzielen. Nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel, nach dem Mißlingen der interparlamentarischen Verständigung ist diese Einigkeit zu erzielen. Ohne sie niemals! Unsere nationalen Parteien bewegen sich ja in einem tollen Zirkel der Widersprüche, wenn sie auf der einen Seite immer wieder versichern, daß sie zur Leitung der auswärtigen Politik kein Vertrauen haben, auf der andern Seite aber erklären, im Kriegsfall würde das ganze Volk geschlossen hinter der Regierung stehen. Hinter einer Regierung, gegen die der begründete Verdacht obwaltet, sie könnte eines Tages durch ihre diplomatische Unzulänglichkeit einen Krieg herbeiführen, kann doch ein Volk nicht geschlossen stehen, auch wenn es den besten Willen dazu hätte.

Die Völker sollen eine Gewähr dafür haben, daß sie nicht leichtsinnig in einen Krieg oder in weitere Steigerungen des Rüstungswahns hineingehört werden, und darum werden sie kategorisch verlangen, daß, was in Bern begonnen wurde, fortgesetzt wird. Der Plan ist entworfen, der erste Spatenstich getan. Und nun wird es auch nicht mehr an den Werkleuten fehlen, einen Bau zu errichten, in dem die Völker Europas in einiger Sicherheit wohnen können!

## Dumm und frech.

Zu den stehenden Agitationsphrasen des Fortschritts gehört die Redensart, daß die Sozialdemokratie der Schrittmacher der Reaktion sei. Man kann sicher sein, vor jeder Wahl in den Fortschrittsblättern einem Artikel zu begegnen, der die Richtigkeit dieser albernen Redensart nachweisen soll. Die Dienstagnummer der „Vossischen Zeitung“ — sonst nicht das schlechteste Organ der Fortschrittler — bringt diesen fälligen Artikel für die preussische Landtagswahl. Natürlich ist er wieder überschrieben: „Förderer der Reaktion“. Und diese Förderer der Reaktion sind selbstverständlich die Sozialdemokraten. Die „Vossische Zeitung“ hat sich diesmal die reaktionären Praktiken nicht in ihrer Gesamtheit, sondern die Wahlrechtsfrage im speziellen gewählt, um daran nachzuweisen, daß allein die Sozialdemokratie sowohl schuld an jeder Verschlechterung, wie auch schuld an jeder verweigerten Verbesserung des Wahlrechts ist.

In einer großen Reihe von Einzelstaaten sei das Wahlrecht in den letzten Jahren nicht nur nicht freierlicher ausgestaltet, sondern sogar rückwärts revidiert und verschlechtert worden. Der Grund zu diesem „höchst bedauerlichen“ Vorgehen sei in der Besorgnis zu suchen, die Sozialdemokratie könne eine nennenswerte Anzahl von Mandaten oder gar die Mehrheit in der Volksvertretung erhalten, was unter allen Umständen verhindert werden müsse.

Allein schon das Anwachsen der Sozialdemokratie in der Wählerschaft sei schon mehrfach Veranlassung zu Wahlrechtsverschlechterungen gewesen. Diese Wahlrechtsverschlechterungen richteten sich auch in erster Linie allein gegen die Sozialdemokratie. Da man aber in einem Wahlgeseh eine bestimmte Partei mit Namensnennung nicht unterdrücken könne, so müßten „die Gerechten mit den Ungerechten leiden“. Schlimm läge es in Norddeutschland aus. In erster Reihe ständen hier die hanseatischen Republiken. So seien besonders in Hamburg und Lübeck Wahlrechtsreformen zustande gekommen, die ganz offenbar darauf zugeschnitten waren, der Sozialdemokratie nur eine bestimmt bemessene Höchstzahl von Sitzen zuzugestehen. Auch Sachsen habe sich eine antisozialistische Wahlreform geschaffen. Es habe ferner den Anschein, als wenn die thüringischen Staaten sich das Schicksal von Rudolstadt ad notam nehmen und für die Sozialdemokraten den Eingang zu den Parlamenten verengern wollten. Den Anfang habe schon Keuß j. L. gemacht.

Diese Vorgänge seien wahrhaftig nicht zu billigen oder zur Nachahmung zu empfehlen. Im Gegenteil, nichts sei verkehrter, als wenn eine Regierung die Bahn

der Gerechtigkeit verlasse und eine unbequeme Partei durch mechanische Zurückdrängung bekämpfe.

„Aber — so fährt das Fortschrittsblatt wörtlich fort — dieser Gesichtspunkt kann doch nicht hindern, auszusprechen, daß in erster Reihe die Sozialdemokratie es verschuldet, wenn wir in zahlreichen deutschen Bundesstaaten nicht ein besseres, nein, ein schlechteres Wahlrecht als vor Jahrzehnten haben. Wäre nur die bürgerliche Opposition des Liberalismus vorhanden, so würde es den Machthabern niemals eingefallen sein, derartige Verkümmierungen des Wahlrechts eintreten zu lassen, wie sie erfolgt sind. Sie hätten dann auch, selbst wenn sie es heimlich wollten, nicht einen solchen bequemen Vorwand gefunden, wie ihnen jetzt in der maßlosen hekerischen Kampfesweise der Sozialdemokratie zu Gebote steht. Wie sind denn jetzt bei den preussischen Landtagswahlen die Waffen beschaffen, mit denen die Konservativen eine Wahlrechtsreform bekämpfen? Der Versuch einer sachlichen Rechtfertigung des herrschenden Zustandes wird nur selten und nur zum Schein gemacht; die Hauptsache ist der ewig wiederkehrende Refrain: Wir dürfen keine Veränderung vornehmen, weil sonst die Sozialdemokratie davon Nutzen ziehen würde! Diese Beurteilung ist ungerade, sie ist auch kurzschichtig, aber sie ist maßgebend für die Konservativen, und es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Gesichtspunkt auf zahlreiche Wähler Eindruck macht. Ja, es ist kaum eine Uebertreibung, wenn man sagt, daß die Macht der konservativen Partei in Preußen zum allergrößten Teil auf der Sozialistenfurcht beruht. Die Konservativen können den Sozialdemokraten dafür gar nicht dankbar genug sein. Aber die Furcht muß leider das gesamte Bürgertum zahlen, das, wie anderer Fortschritte, so auch einer vernünftigen Wahlrechtsreform verlustig geht.“

Soweit der Erguß der „Vossischen Zeitung“. Die ganze Stilübung ist gleich dumm wie unverschämmt. Dumm um deswillen, weil das Fortschrittsblatt in seinem Eifer, die Sozialdemokratie für die bürgerlichen Erbärmlichkeiten verantwortlich zu machen, ganz übersehen hat, daß eine Anzahl Wahlrechtsverschlechterungen vorzugsweise mit liberaler Hilfe zustande gekommen sind, daß also die Sozialistenfurcht nicht minder groß bei den braven Fortschrittsseelen herrschen muß. Unverschämmt ist es aber, die Sozialdemokratie für die feige Verleugnung aller liberalen Forderungen und Ideale durch das Bürgertum verantwortlich zu machen. Nach den fortschrittlichen Wünschen müßte sich die Sozialdemokratie sofort auflösen, denn ihr Dasein soll ja bereits den Vorwand zu reaktionären Maßnahmen bilden. Und zwar nicht bei den Konservativen allein, auch bei dem Fortschritt, wie die politische Geschichte zeigt. Wenn die fortschrittlichen Jammerseelen die Absurdität ihrer Beweisführung nicht selbst einsehen, wenn Fortschrittsblätter, die ernst genommen werden wollen, mit solchen Argumenten operieren, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als doppelt rücksichtslos gegen die Reaktion von rechts wie gegen die Reaktion von links vorzugehen; denn als Streiter gegen die Reaktion schaltet sich dieser furchtbessene Fortschritt ganz von selbst aus.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Mobilisierungsfreuden.

Der „Vorwärts“ schreibt: Während der ganzen Dauer des Balkankrieges kamen aus Oesterreich bewegliche Klagen der eingezogenen Reservisten über ihre jämmerliche Unterkunft, Ernährung usw. an der Grenze. Sogar an unsere Redaktion richteten österreichische Reservisten ihre Notjähre. Ein ähnlicher Notjähre kommt jetzt an uns von dem Teile unserer deutschen Heeresmacht, der in dem Balkankriege eine gewisse aktive Rolle spielt. Es ist das das deutsche Kriegsschiff „Breslau“, das zu dem internationalen Geschwader in den montenegrinischen Gewässern gehört. In einem an uns gerichteten Schreiben wird da lebhaft über mangelnde Verpflegung, über wenig sorgsame Zubereitung des Mannschaftsessen und über ein übertriebenes Sparsystem zungunsten der Mannschaftsmenage und zugunsten der Kantine Klage geführt. Dabei wird auf Vorgänge in den Häfen Brindisi, San Giovanni di Medua und Durazzo hingewiesen. Wir können die Berechtigung der Beschwerden nicht nachprüfen, möchten aber den in Betracht kommenden Behörden anheimgeben, dafür zu sorgen, daß die Verpflegung der Schiffsbesatzung ordnungsmäßig erfolge. Die „Rübelungentreue“ gegen Oesterreich braucht nicht soweit zu gehen, daß die schwarzgelbe Schlampererei etwa auch auf deutsche Heeresangehörige übergreift.

### Von den Schulvögten.

Die preussischen Rektoren hielten am Pfingstmontag in Berlin ihre Generalversammlung ab, deren Haupttätigkeit in ungezählten Lobpreisungen der Hohenzollern bestand. Dies geschah in Versen, Reden, Liedern und wurde vom Vertreter des Kultusministers, einem Geheimen Oberregierungsrat Schöppe, gnädig anerkannt. Vielleicht, um dem den Konservativen verhassten Deutschen Lehrerverein einen Tritt zu versehen, hob der Regierungsvertreter den preussisch-hohenzollernischen Charakter des Rektorenvereins rühmend hervor. Der freisinnige Herr Dr. Schöppe, Landtagsabgeordneter a. D., sah dabei und mußte nicht. Ob das Wohlwollen auch den Gehaltsforderungen der Rektoren hienieden werden wird, bleibt abzuwarten. Dann kam der Breslauer Universitätsprofessor v. Wendtstein abermals mit einer Jubelrede auf die Hohenzollern, die dem preussischen Leben den Rhythmus: „Straffheit, Weisheit, Spielraum und Freiheit“ (für wen?) beigebracht und alles so herrlich weit gebracht hätten. Gegen die Sozialdemokratie hat der Herr Professor eigentlich gar nichts, sie ist ihm das Karthago, das er nicht zerstört haben will, damit Rom nicht zum Kapua verwechelt. Wenn aber Herr v. Wendtstein meinte, es setze sich auch in der Sozialdemokratie, z. B. bei Eduard Bernstein, die Erkenntnis durch, daß Reichtum und Massenarmut einander nicht bedingen, so hat er leider den Nachweis für seine Behauptung vergessen.

Im übrigen besaßte man sich außer mit „Patriotismus“ noch mit dem Ausbildungsgang und der Laufbahn der Lehrer. Das Kriegsbeil zwischen Rektoren und Lehrern soll zwar begraben sein, aber immer wieder wurde, auch vom Vorsitzenden Dr. Leizka, erklärt, daß an die Rechte der Rektoren über die Lehrer nicht getippt werden dürfe. Sie betrachteten sich also in der Hauptsache als Schulvögte, wozu auch ihre Begeisterung für den staatlichen Jugendfang paßt.

### Eine neue Gefahr für die Agrarier.

Südwestafrika hat einen Ueberfluß an Schlachtvieh, den Jarmern aber fehlt die Möglichkeit des Absatzes, und es ist zu verstehen, wenn sie ihr Augenmerk zunächst auf Deutschland richten. Ueber die Frage, ob Deutschland die Einfuhr von Schlachtvieh nötig hat, ist kein Wort zu verlieren, denn die Tatsache steht fest, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zu decken. Die Einfuhr von Schlachtvieh aus den Kolonien wäre um so wünschenswerter, als besonders die Kolonialschwärmer bei Reichstagswahlen dem Volke stets erzählt haben, wie seine Ernährung gerade durch die Kolonien in hohem Maße sichergestellt werden könne. Der Landbesitzer von Südwestafrika hat sich auf seiner letzten Tagung dahin ausgesprochen, daß die Fleischausfuhr der Kolonie nach Deutschland durch eine sinngemäße Auslegung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes vorbereitet werden soll. Die in der Kolonie durch amtliche Tierärzte erfolgte Untersuchung der Tiere soll für die Einfuhr nach Deutschland als genügend erachtet werden.

Die deutschen Agrarier werden diesen Wünschen natürlich den lebhaftesten Widerstand entgegenzusetzen, hat doch die „Deutsche Tageszeitung“ schon vor Monaten den Jarmern den Rat erteilt, ihr Vieh nach Südafrika zu verkaufen, damit ja nicht zu viel Vieh auf den deutschen Markt kommt. Die Regierung allerdings hätte die Möglichkeit der Einfuhr von Vieh aus Südwestafrika zu schaffen, schon mit Rücksicht darauf, daß gerade diese Kolonie vom deutschen Volke gewaltige Opfer an Gut und Blut erfordert hat. Es hieße den Widerstand unserer heutigen Wirtschaftspolitik auf die Spitze treiben, wenn Südwestafrika in eine schwere Realität deshalb käme, weil es keinen Absatz für sein Schlachtvieh hat, das man in Deutschland dringend notwendig gebrauchen kann.

### Ein Königreich für ein anarchistisches Attentat.

Die reaktionäre Presse brennt förmlich auf die Gelegenheit, irgendem Verbrecher wieder einmal als anarchistisches „Attentat“ auszuschlachten zu können. Nachdem das „Attentat“ auf den babylonischen Großherzog in der bühnenartigen Form als verrückter Streich eines dem Säuerwahnsinn Verfallenen festgesetzt wurde, klammert sich das feie Stribentenium an den Mörder des preussischen Militärattachés in München.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bietet in seiner Mittwochsmorgen-Nummer ein Beispiel, wie „anarchistische“ Mörder entstehen: Auf der ersten Seite wird erzählt:

Der Schmecker H. wie aus der Einwohnerliste festzustellen war, wurde am 2. März als 31-jähriger Mann in den Straßensperren des Reichstags in Berlin verhaftet. Er ist ein bekannter Sozialist, der wegen Verleumdung, Landbesitzverletzung, Schwenken des Schwerts und anderer Gewalttaten schon mehrfach verurteilt worden ist. Er hat sich in München aufgehalten, war aber doch wieder zurückgekehrt, da er dort ein Geschäft begonnen und wieder freigelassen worden ist. Er hat sich nunmehr auch in Berlin und Potsdam niedergelassen.

Somit unauflöslich wird dieser erschauigen Lebensbeschreibung des „Attentäters“ der Satz angehängt:

Der Mörder, den die Münchener Polizei in den Straßensperren des Reichstags in Berlin verhaftet hat, ist ein bekannter Sozialist, der wegen Verleumdung, Landbesitzverletzung, Schwenken des Schwerts und anderer Gewalttaten schon mehrfach verurteilt worden ist. Er hat sich in München aufgehalten, war aber doch wieder zurückgekehrt, da er dort ein Geschäft begonnen und wieder freigelassen worden ist. Er hat sich nunmehr auch in Berlin und Potsdam niedergelassen.

Nach dieser Vorgeschichte könnte es trotz der polizeilichen Anarchistenliste eher scheinen, als habe der Sozialist vorerwähnter Straßer aus preusseneindlichem Partikularismus gehandelt. Mit solchem Motive läßt sich nichts anfangen, deshalb wird auf der dritten Seite des Lokalanzeigers der Mörder schon als „Anarchist“ zum Anerkennen. Es wird erzählt:

Der Anarchist Straßer, der in München früher anarchistische Versammlungen besucht hat, war am 2. März von München nach Berlin gekommen und mit Geldmitteln versehen. Er ist in der Wohnung im Reichstagsgebäude in Berlin verhaftet worden. Er hat sich nunmehr auch in Berlin und Potsdam niedergelassen.

Diese Aufmachung bietet der ausschweifendsten Phantastie freien Spielraum: anarchistische Versammlungen, Mailand, italienischer Anarchismus, reiche Geldmittel, also auch ein Geheimbund, der die Mittel spendete, Zeitungen, die beschlagnahmt wurden — was braucht man noch mehr, um ein „anarchistisches Attentat“ zurecht zu machen. Nur das Opfer des Mörders, ein ganz unbekannter, simpler preussischer Offizier, will nicht zu dem Attentat passen; auch nicht, daß der Mörder nach einer Mitteilung der Münchener Polizei „aus Wien“ gehandelt haben will. Aber das wird Blätter vom Schlage der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“, der „Post“ und des „Lokalanzeigers“ nicht hindern, unentwegt weiter über die Tat des „Anarchisten“ zu schreiben und zu versuchen, politischen Gewinn aus dem Mord eines verkommenen Menschen zu schlagen.

### Verbrauchbare Polen.

Die preussische Polenpolitik, hinter der natürlich auch die Junker stehen, wird von einem Junker hübsch verhöhnt: Die herzogliche Domänenverwaltung zu Trachenberg hat an die ihr unterstellten Inspektoren folgende Verfügung erlassen:

„Da es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, brauchbare Gesinde zu bekommen, müssen schon frühzeitig, und zwar ein Jahr vor dem gesetzlichen Vermietungstag, Schritte getan werden, Gesinde zu beschaffen. Es ist aber dabei zu beachten, daß kein Ausmieten von Nachbarn, insbesondere von herzoglichen Pächtern erfolgt. Jedes zu mietende Gesinde muß den Nachweis liefern, daß es zu dem betriebl. Termin auch wirklich dienstfähig ist. Ferner wird verfügt, daß in Zukunft nur Gesinde katholischer Konfession gemietet werden darf. Leute anderer Konfession dürfen nicht angenommen werden. Dagegen ist es gestattet, polnische Familien zu mieten, weil diese Leute recht brauchbar und meistens auch sauber und ordentlich sind.“

Herzogliche Domänenverwaltung (gez.) v. Unwerth. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ soll dieser Erlaß auf persönliche Anordnung des Fürsten v. Hatzfeldt, des früheren reichsparteilichen Führers ergangen sein.

Der „Kreuzzeitung“ ist die Hatzfeldtsche Offenherzigkeit sehr unbequem, sie hofft, daß, wenn es mit dem Erlaß seine Richtigkeit habe, „wohl noch ein Wort zu seiner Aufklärung gesagt werde“. Ob Fürst Hatzfeldt mit der Heranziehung von Polen unter obiger Begründung einverstanden ist, möchte die „Kreuzzeitung“ bezweifeln: „In jedem Falle können — so meint das Sunkerbblatt — aus dem Verhalten der polnischen Arbeiter keine Schlüsse gezogen werden, die für den östlichen Großgrundbesitz allgemein gültig wären.“

Dem Fürsten Hatzfeldt aber hat man offenbar schon gehörig den Marisch geblasen, denn der Kameraldirektor Haase von der Herzoglich Trachenbergischen Domänenverwaltung mußte der „Breslauer Zeitung“ telegraphisch mitteilen, die Bekanntmachung des Oberamtmanns v. Unwerth in Sachen der Einstellung ausschließlich katholischer, event. polnischer Gutsarbeiter sei ohne sein Wissen und Willen erfolgt und gebe in entstellter Weise die erteilten Instruktionen wieder. Die fürstlich Hatzfeldtsche Verwaltung habe übrigens die Bekanntmachung bereits aufgehoben.

Was natürlich nicht erfolgt wäre, wenn sie nicht zufällig weiteren Kreisen bekannt wurde. Man wird auch nach diesen Grundrissen handeln, auch wenn die Verordnung formell aufgehoben ist.

### Die Nationalliberalen und die Deckungsfrage.

Die partei-offizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ äußert sich über die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Deckungsfrage wie folgt:

„Der Standpunkt der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist bei der ersten Beratung der Deckungsvorlagen klargestellt worden. Die Abgeordneten Dr. Paasche und Roland-Lücke haben im Auftrage der Fraktion eine Beschlussempfehlung gefordert und in ihren Ausführungen dargelegt, daß darunter eine Reichsvermögenssteuer oder eine Reichserbschaftsteuer verstanden werden muß, wie dies schon bei Vertretung des Antrages Bassermann-Erzberger festgelegt worden ist. In dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Daß das Schicksal der Bekehrvorlage von der Art der Deckung nicht abhängig gemacht werden darf, und daß auf eine beschleunigte Erledigung der Bekehrvorlage in Kommission und Plenum mit aller Energie hinzuwirken ist, auch darüber hat die nationalliberale Fraktion keinen Zweifel gelassen. . . . Es ist wünschenswert, daß über Bekehrvorlage und Deckung zwischen allen hiesigen Parteien in diesem Sommer eine Einigung stattfindet; aber von einer solchen darf die Verabschiedung der Bekehrvorlage nicht abhängig gemacht werden; das erträgt die politische Lage nicht.“

Die Nationalliberalen sind also für eine Verschiebung der Deckung auf den Herbst, denn nicht anders kann der Wunsch gedeutet werden, daß im Laufe des Sommers eine Einigung der hiesigen Parteien zustande kommen möge. Wenn nun aber eine Einigung über eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer nicht erzielt wird? Im Reichstag ist die Linke gegenwärtig stark genug, solche direkte Reichsteuern zu beschließen; daß sich im Bundesrat in diesem Falle eine Mehrheit finden wird, darf als sicher angenommen werden. Wozu also erst eine Einigung mit der Rechten suchen? Es genügt den Rechten, daß sich die Nationalliberalen bereits darauf einrichten, auch „anders zu können“, denn auf nationalliberale Versicherungen war noch nie viel zu geben. Jedenfalls lassen die Ausführungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Erklärung darüber vernünftigen, was dann geschehen soll, wenn eine Einigung mit der Rechten nicht erzielt wird.

### Türkei.

Ein neuer Zwischenfall. Aus Orsova wird gemeldet: Die unweit Orsova gefessene türkische Donau-Insel Ada Kaleh wurde am Montag im Namen der ungarischen Regierung vom Obergespan des Komitats Krasso, Szerecs, anverleibt und in aller Form in Besitz genommen. Der Obergespan, der Bizegepan und der Oberkustriester waren in Begleitung von Gendarmen auf

der Insel erschienen und bezogen sich ins Gouvernementsgebäude, wo sie vom Gouverneur der Insel empfangen wurden.

Wie gemeldet wird, hat der türkische Gouverneur von Ada Kaleh das ihm zur Gegenzeichnung vorgelegte Protokoll nicht unterschrieben und gegen die Anexion der Insel protestiert, da er von seiner Regierung keine Anweisung dazu erhalten habe.

Neue Sorgen. In Konstantinopel eingeetroffene Nachrichten aus armenischer Quelle weisen auf die gefährliche Agitation des berücktigten Kurdenhäuptlings Hussein Pascha Bederchan und seines Bruders Abdul Rejel hin, eine Agitation, die durch die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit der Regierungsorgane gefördert werde und die Unabhängigkeit Kurdistan zum Zweck habe. Hussein Pascha hat die Achiretturden für seine Pläne gewonnen und in Bobatan, Djefere, Russchin, Midiat, Garjan und Berwari ganze Scharen junger Kurden bewaffnet. Die Anhänger Hussein Paschas arbeiten darauf hin, dessen Ernennung zum Mutessarif (Bezirkshauptmann) durchzusetzen. Aus verschiedenen Teilen Armeniens liegen Beschwerden vor über rücksichtslose Eintreibung der Steuern, die selbst für freierbetriebenes Vieh erhoben werden. Ein Aga aus der Umgegend von Kerkoran, namens Derwisch Ali, hat auf seinem Klost im Dorfe Tschelik ein eigenes Banner gehißt und erhebt von den Karawanen und Reisenden nach Diarbekir gewaltigste Weggöll. Alles steigert die Erregung im Lande, gegen die die Regierungsorgane ohnmächtig sind. Der türkische Großwesir erklärte, die Regierung werde mit allen Mitteln Abhilfe schaffen. Die Erzerumer Zeitung „Das rote Banner“ meldet, ein russischer Offizier in der Verkleidung eines Berichtserstatters bereise die östlichen Wilajets, um die Kurdenherrscher für Rußland zu gewinnen. Er sei jetzt auf dem Wege nach Bitlis und werde von dort nach Diarbekir und Mossul gehen. Die Erzerumer Zeitung erklärt, die Kurden seien nicht so töricht, sich durch russische Versprechungen ködern zu lassen. In jungtürkischen Kreisen wird Stimmung gemacht für die Uebernahme der Reformkontrolle durch Hakkı Pascha. Die Reformfrage bildet angeblich bereits den Gegenstand von Besprechungen zwischen den Mächten. Der Gedanke scheint von allen Seiten wohlwollend aufgenommen worden zu sein, von den Dreibundmächten in der Ueberzeugung, daß nur durch durchgreifende Reformen in Ostasien die weitere Abdrückung von türkischem Besitz aufgehalten werden kann. Ueber die von den Armeniern angeregte Verwendung fremdländischer Inspektoren ist bisher nicht verhandelt worden, doch scheint auch dafür Stimmung vorhanden zu sein, weil an der türkischen Ineffizienz und administrativen Unfähigkeit das beste Reformwerk scheitern würde.

### Balkan.

Stutari von den Mächten besetzt. Die internationalen Truppen zogen unter dem Kommando des Admirals Buena gestern um 2 Uhr nachmittags in Stutari ein. General Betschke begrüßte den Admiral beim Einzug in die Stadt mit einer kurzen Ansprache, worauf der Admiral mit einigen liebenswürdigen Worten antwortete. Hierauf begab sich der Admiral in die Stadt. Die internationalen Truppen besetzten sofort die öffentlichen Gebäude, wo sie garnisonieren werden, und übernahmen den Ordnungsdienst. Eine montenegrinische Abteilung erwies dem Admiral beim Einzug in die Stadt militärische Ehren. Die montenegrinischen Truppen verließen die Stadt.

Nach der Besetzung ist die Blockade der montenegrinischen Küste gestern aufgehoben worden. Anzeichen deuten auf die Möglichkeit einer Hinauszögerung der Londoner Friedensverhandlungen hin. Bulgariens Bereitwilligkeit, die Präliminarien sofort zu unterzeichnen, wird von Serbien und Griechenland nicht gebilligt. Serbien und Griechenland sind nicht geneigt, zu unterzeichnen, ohne sich alle nahe berührenden Punkte voll und ganz vorzubehalten, und ohne daß diese Punkte erst zwischen den Verbündeten selbst und dann mit den Mächten durch die Botschafter in London erschöpfend besprochen werden. Serbien und Griechenland sind offenbar darauf aus, jeden einzelnen Punkt vorher genau aufzuklären.

Die bulgarische Regierung nimmt im Prinzip die Friedenspräliminarien an, macht aber Vorbehalte in betreff der Grenzlinie Enos-Midiat geltend. Von bulgarischer Seite wurde vorgeschlagen, die neue Grenze solle von Midiat zunächst nach Saraj, dann nach Muradi an der Eisenbahnlinie Konstantinopel-Adrianopel und einem geeigneten Punkte für die Ausdehnung der Eisenbahn bis Rodosto gehen. Die Grenze solle dann nach Kirobol, zwischen Maigara und Kechan und dann über die Wasserscheide des Paganischen Meeres östlich von Enos führen. So würde Enos und die Mündung der Maritza dem bulgarischen Gebiet bleiben, was nicht der Fall wäre, wenn, wie die Mächte vorschlagen, Enos zum Grenzpunkt gemacht würde.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Zehn türkische Transportschiffe gehen von hier ab, immer zwei Schiffe nach je zehn Tagen, um die Truppen aus Albanien an Bord zu nehmen, die zum größten Teil in den syrischen Häfen und in Smyrna ausgeladet werden sollen. — Das Blatt „Tasvirischiar“ stellt fest, daß der Beschluß der Porte, die Reste der türkischen Westarmee aus Albanien zurückzuziehen, die Zweifel an der Haltung der Porte zerstreut, die letzten Bande zwischen der Türkei und Albanien endgültig zerschneide. Im Augenblicke der Einschiffung der letzten türkischen Soldaten in Albanien, werde sich dieses Land für die Türkei in keiner Weise von Griechenland, Montenegro oder Sandaras unterwerfen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 15. Mai.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Bau- und Arbeitervereine ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperrverhängung. Die Tarifkommission.

**Maifeierkarten abrechnen.** Alle Genossen, die Maifeierkarten zum Vorverkauf entnommen und noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, dies bis Dienstag, dem 20. Mai, abends 8 Uhr, im Parteisekretariat nachzuholen, damit die Abrechnung rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

**Der Bürgerausschuss** beantwortete resp. genehmigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senats: 1. Gewährung einer Beihilfe von 6000 Mk. an den Lübecker Verein für Luftfahrt. 2. Arealantausch an der Moissinger Allee. 3. Verkauf der sogenannten Schmirgrube in der Gemarkung Klein-Berkenhain. 4. Herstellung einer Springgrube mit zwei Anlaufbahnen auf dem St.-Gertruden-Kirchhof. 5. Arealantausch mit dem Eigentümer des Grundstücks Trappenstraße 3, Karl Dieblich Puhl. 6. Bewilligung von 3500 Mk. für die Befestigung der durch die Sturmflut in Travemünde hervorgerufenen Schäden. 7. Bewilligung von 4000 Mk. für den Segelbootfest an der Nordermole in Travemünde. 8. Nachbewilligung von 23 500 Mk. zu den Kosten der Herstellung eines Kohlenförderplatzes unterhalb des Konstinplatzes. 9. Erlass eines neuen Hundesteuergesetzes.

**Die Erhöhung der Hundesteuer** beschäftigte gestern den Bürgerausschuss. Die vom Bürgerausschuss am 11. Dezember 1912 eingesetzte Kommission zur Vorprüfung des Gesetzentwurfes betreffend die Hundesteuer hat unter dem 24. Januar ds. Js. berichtet. Die Kommission beantragt: Der Bürgerausschuss wolle den Gesetzentwurf betreffend die Hundesteuer mit folgenden Abänderungen zur Mitgenehmigung durch die Bürgererschaft empfehlen: I. Zu § 2. Die Kommission in ihrer Mehrheit beantragt, den ersten und den zweiten Absatz in der folgenden abgeänderten Fassung anzunehmen: Die Steuer beträgt auf das Kalenderjahr a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder deren Vorstädte, mit Ausnahme des durch das Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebietes, gehalten wird, 15 Mk.; b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, 6 Mk. Werden von derselben Person oder von mehreren Familienmitgliedern zu demselben Haushalt zwei oder mehrere Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag, und zwar bei a) (Stadt und Vorstädte) für jeden weiteren Hund um je 10 Mk., so daß für den ersten Hund 15 Mk., für den zweiten 25 Mk., für den dritten 35 Mk. usw. zu zahlen sind, und bei b) (übriges Staatsgebiet) um je 3 Mk., so daß für den ersten Hund 6 Mk., für den zweiten 9 Mk., für den dritten 12 Mk. usw. zu zahlen sind. Die Minderheit (Boie) empfiehlt, beide Absätze unverändert in der Fassung des Gesetzentwurfes anzunehmen. II. Zu § 3. 1. Der Eingang hat zu lauten: Befreit von der Steuer sind: 1. junge Hunde, welche noch nicht drei Monate alt sind; 2. der zweite Satz des zweiten Absatzes erhält folgende abgeänderte Fassung: Die unter Nr. 5 und 6 aufgeführten Hunde sind innerhalb drei Tagen nach der Ankunft von den Besitzern an ihrem Aufenthaltsort anzumelden, und zwar in der Stadt und den Vorstädten beim Polizeiamt, in Travemünde und in Gneversdorf beim Polizeibureau zu Travemünde und im Landgebiete bei dem betreffenden Gemeindevorsteher. III. Hinter dem § 3 ist als § 4 neu einzufügen: § 4. Personen, welche ihren Gewerbebetrieb als Hundezüchter beim Polizeiamt angemeldet haben, sind, falls die Einrichtungen ihres Betriebes den von Polizeiamt festzusetzenden Vorschriften genügen, bei Haltung mehrerer Hunde von den Steuerzuschlägen befreit. Die Nummerzahl der folgenden Paragraphen ist dementsprechend abzuändern. IV. Der § 4 erhält folgende abgeänderte Fassung: § 5. Außerhalb des Hauses muß jeder Hund das für ihn ausgegebene Steuerzeichen am Halsband tragen. V. Zu § 6. Der letzte Satz des ersten Absatzes wird folgendermaßen abgeändert: Nach Ablauf von fünf Tagen ist das Polizeiamt zur Rückgabe eingelangter Hunde nicht verpflichtet. VI. Zu § 11. Der erste Satz hat zu lauten: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1914 in Kraft. In der Einzelberatung beantragte Dr. Hartwig zu § 2 des Gesetzentwurfes, den ersten Absatz wie folgt zu fassen: Die Steuer beträgt auf das Kalenderjahr a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder deren Vorstädte, mit Ausnahme des äußeren Bezirkes und des durch das Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Bezirks, gehalten wird, 20 Mk.; b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, 7 Mk. Ferner beantragte Dr. Hartwig, für den Fall der Annahme des Senatsantrages unter a, der einen Steuerjahr von 25 Mk. vorlieht, hinter den Worten: „mit Ausnahme des“ einzufügen: „äußeren Bezirkes und des“. Der Bürgerausschuss lehnte den Senatsantrag unter a sowohl mit dem von Dr. Hartwig beantragten eventuellen Zusatz, wie auch in unveränderter Fassung ab und nahm den von Dr. Hartwig unter a gestellten vorstehenden Abänderungsantrag an. Der Senatsantrag unter b wurde in unveränderter Fassung abgelehnt und in der von Dr. Hartwig beantragten Fassung angenommen. Die vom Senat im zweiten Absatz des § 2 beantragte Erhöhung der Hundesteuer um je 10 Mk. für jeden weiteren Hund in der Stadt und den Vorstädten usw. und um je 5 Mk. für jeden weiteren Hund im übrigen Staatsgebiet wurde angenommen. Der Wortführer stellte fest, daß demnach die ersten beiden Absätze des § 2 in folgender Fassung angenommen seien: Die Steuer beträgt auf das Kalenderjahr a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder deren Vorstädte, mit Ausnahme des äußeren Bezirkes und des durch das Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebietes gehalten wird, 20 Mk.; b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, 7 Mk. Werden von derselben Person oder von mehreren Familienmitgliedern in demselben Haushalt zwei oder mehr Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag, und zwar bei a) (Stadt und Vorstädte) für jeden weiteren Hund um je 10 Mk., sodas für den ersten Hund 20 Mk., für den zweiten 30 Mk., für den dritten 40 Mk. usw. zu zahlen sind, und bei b) (übriges Staatsgebiet) für jeden weiteren Hund um je 5 Mk., sodas für den ersten Hund 7 Mk., für den zweiten 12 Mk., für den dritten 17 Mk. usw. zu zahlen sind.“ Der von der Kommission zu Ziffer 1 des ersten Absatzes des § 3 gestellte Abänderungsantrag wurde angenommen. Dr. Schlomer beantragte, hinter Ziffer 3 dieses Absatzes einzufügen: „4. Ziehhuunde“, sog. jedoch diesen Antrag auf Grund des von den Senatskommissionären abgegebenen Erklärungen zurück. Zu Ziffer 5 des selben Absatzes beantragte Börs, die Worte „oder in Gneversdorf“ zu streichen. Dieser Antrag wurde angenommen. Zu der von der Kommission beantragten abgeänderten Fassung des zweiten Satzes des zweiten Absatzes des § 3 beantragte Dr. Benda, statt des Wortes „Gneversdorf“ zu setzen: „Küsnik und Schlutup“. Der Kommissionsantrag wurde mit dieser Abänderung angenommen.

**Großfeuer im Warenhaus Rudolf Karstadt.** Auf bisher unaufgeklärte Weise brach heute um die vierte Morgenstunde im Warenhaus Karstadt Feuer aus, das im Nu die Herrschaft über den ganzen Innenraum des riesigen Gebäudes gewann. Um besagte Zeit weckte der Wächter den Hausmeister, und teilte ihm die Vermutung mit, daß irgendwo ein Brand ausgebrochen sein müsse. Nach kurzem Suchen kamen sie auf den Brandherd in einem Raume der Herrenkonfektion. Ehe sie den Brand melden konnten, kamen schon Schutzleute und bald darauf die Feuerwehr, die durch den selbsttätigen Feuermelder gerufen war. Die Kinder des Hausmeisters waren mittlerweile in Sicherheit gebracht worden. Von allen drei

zugänglichen Seiten traten die Feuerstrahlen sofort in Tätigkeit. Ungeheure Rauchwolken zeugten alsbald von dem großen Umfang, den das Feuer im Innern des Warenhauses angenommen hatte. Gegen fünf Uhr morgens schafften sich auch helle Flammen einen Ausgang aus den oberen Stockwerken. Eine Anzahl Autos wurden in aller Eile mit den Geschäftsbüchern und dem vorhandenen Bargeld bepackt. So rasch die Hilfe auch zur Stelle war und so rüftig auch zugegriffen wurde, um dem Feuer Einhalt zu tun, es konnte nicht genügen, um den unermesslichen Schaden zu verhüten. Was das Feuer nicht zerstörte, wurde durch die ungeheuren Wassermassen vernichtet resp. nahezu wertlos gemacht. Die oberen Stockwerke sollen ziemlich ausgebrannt sein und der untere Raum ist unter Wasser gesetzt. Von der Außenseite zeugen die vom Rauch angeschwärtzten Sandsteine und zertrümmerten Scheiben von dem verzehrenden Element. Nicht übel überrascht waren die Angestellten und Arbeiter der Firma, die gegen 8 Uhr an ihren Arbeitsplatz gehen wollten, an der freiwilligen Arbeit jedoch von der Polizei gehindert wurden. Der Durchgang durch die Obere Johannisstraße, Alten Schranken und einen Teil der Breiten Straße war versperrt und teilweise nur solchen Personen in aller Eile gestattet, die dort zu tun hatten. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. Am schlimmsten sind in erster Linie die im Tageslohn Arbeitenden daran, während den im Monatslohn Angestellten ihr Gehalt doch ausbezahlt werden muß. Um 11 Uhr fand im Konzerthaus Plinshausen eine Versammlung des Personals statt, die von der Leitung einberufen wurde, und in der weitere Direktiven gegeben wurden. — Auch die Arbeiten an dem Neubau neben dem bisherigen Geschäftsgebäude mußten vorläufig eingestellt werden.

Heute mittag unternahmen wir einen Gang durch die Räume des ausgebrannten Warenhauses. Was gestern noch ein stolzer Palast war, ist heute eine trostlose Ruine. Der Fußboden der Parterre-Räume schwimmt im Wasser, das noch immer in kleinen Bächen von den Decken rinnt. Rauchgeschwärtzt, vom Wasser schwer beschädigt, liegen die Waren auf den Tischen herum. Keine freundliche Verkäuferin, kein zuvorkommender Abteilungschef ist mehr zu sehen. Aber man kann doch wenigstens erkennen, welchem Zweck die Verkaufsstellen bisher gedient hatten. Der große Lichthof, der von gewaltigen, stolzen Treppen flankiert wurde, hat all den Glanz verloren, der ihm hübsche Mosaikbilder, eine riesige Uhr, blitzblanke Beleuchtungskörper und goldfunkelnde Treppengeländer verliehen. Schwarze öde Wände schauen armselig in die verlassenen unwirtlichen Räume.

Am schlimmsten hat das Feuer in der ersten Etage gewütet. Hier soll es zum Ausbruch gekommen sein. Die Abteilung für Herrenkonfektion besteht nur noch aus schwarzen Nischenresten. Auch die Damenkonfektion enthält nur noch ausgebrannte Fragmente, die nur zum kleinsten Teil noch verwertet werden können. Wohlfeil steht es mit der zweiten Etage; dort wohnt nicht minder das Grauen. Die schönen wertvollen Teppiche und andere Luxusgegenstände sind zu wertlosen Resten geworden. Weniger beschädigt ist die dritte Etage, in der sich die Spielsachen, Reisetaschen, Nippachen, Glasachen usw. befanden. Zwar hat auch hier der Rauch größeren Schaden angerichtet, doch dürften die Waren zum größten Teil noch verkäuflich sein. Das Dachgeschloß weist gleichfalls in verschiedenen Räumen Brandschäden auf.

Wie uns mitgeteilt wird, beträgt der Brandschaden weit über eine Million Mark, der durch Versicherung gedeckt ist. Die Ursache des Riesenbrandes hat noch nicht festgestellt werden können. Der neue große Anbau in der Johannisstraße ist nur zum geringen Teil beschädigt. Es besteht die Absicht, die Arbeiten an diesem Neubau und an dem ausgebrannten bisherigen Geschäftsgebäude der Firma Karstadt so zu beschleunigen, daß das ganze vergrößerte Warenhaus am 1. September ds. Js. in Betrieb genommen werden kann. Ob bis dahin ein Provisorium geschaffen wird, steht noch nicht fest.

**pb. Entwendene Münzsammlung.** Nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung in Rakeburg ist in einem dortigen Hotel am 28. v. Mts. eine, folgende Münzen enthaltende Münzsammlung gestohlen worden: 1 Marienaler mit kleiner silberner Kette, einem „Sachsenros“ genannten Wappen und der Jahreszahl 1800, 1 Siegestaler, 1 Reimungsaler, 1 Zweiguldenstück, geprägt zum Andenken an die Wiederherstellung der Mariensäule in Brindan mit der Jahreszahl 1853, 1 altes Zweimarkstück von 1796, 1 Dreimarkstück, zum Andenken an das zweihundertjährige Bestehen der Berliner Universität, 1 Jubiläums-Dreimarkstück, zum Andenken an den Prinzregenten Luitpold von Bayern, 2 Zweimarkstücke, Jubiläumsausgabe von 1701—1801, 2 Zweimarkstücke mit dem Bildnis des Königs von Württemberg, eines dieser Stücke ist im Jahre 1897 geprägt und trägt die Jahreszahlen 1826—1851. Als Täter kommt ein junger Mensch im Alter von 17—18 Jahren in Frage, der etwa 1,60 Mtr. groß ist, dunkelblondes Haar, keinen Bart und freies Auftreten hat und mit dunklem Jacketanzug und schwarzem steifen Hut bekleidet war. Personen, die sich mit dem Ankauf von Münzen, die einen Sammelwert haben, befassen, werden auf den Diebstahl aufmerksam gemacht und ersucht, den etwaigen Anbieter solcher Münzen, wie die oben beschriebenen, anzuhalten und der Kriminalpolizei Mitteilung zu machen.

**pb. Wer ist der Bootseigentümer?** Auf der Obertrave wurden mehrere Knaben mit einem ihnen nicht gehörigen und auch von ihnen nicht gemieteten oder geliehenen Boote angetroffen. Das Boot, welches schwarz gestrichen und bereits sehr abgenutzt ist, wurde den Knaben abgenommen und sichergestellt. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**pb. Fahrraddiebstahl.** Am Montag, dem 12. d. Mts. ist vom Stur des Hauses Moissinger Allee Nr. 153 ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 12049 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Mit Brienz hochinteressantem Stück „Die Schiffsbrüchigen“ hat gestern die letzte Schauspiel-Aufführung in der jetzigen Spielzeit stattgefunden. Aus dem Verbanne des Schauspiels sind ausgefallen die Damen: Wuttke, Silbrect, Vormann, Raps und Gerlach und die Herren: Jock, Schürer, Verton,

Nowack, Seydewer und Albert. Wie sonst üblich, hat die Direktion von Abschieds-Vorstellungen für Mitglieder des Schauspiels diesmal absehen müssen, weil die meisten der Ausgeschiedenen dem neugegründeten Sommertheater verpflichtet sind und dort nach einer Unterbrechung von wenigen Tagen ihre künstlerische Wirksamkeit fortsetzen. Als letzte Aufführung in der Oper und in dieser Spielzeit wird heute Beethoven's „Fidelio“ gegeben. Mit dieser Aufführung scheiden aus dem Opern-Ensemble die Damen Kruse-Liburtius, Overhoff, Jansen, Kemmer, Karoll, von Neuenhoff und Heib und die Herren Schorn, Grave, Tange, Holmquist, Barth, Fabian und Wismar. Für die kommende Spielzeit bleiben im Schauspiel die Damen Wiegand, Gueppeden und Laudien, die Herren Brunow, Schweiguth, Baully und Tröndle; in der Oper die Damen Schmidt und Wolter und die Herren Schöffel, Kollwig, de Garmo und Lehmann.

**Öffentliche Trübsen für die Lübeck (Parade 1),** Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 16. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

**Kiel. Totgefahren.** Als in der Mitternacht sich ein Straßenbahnzug, bestehend aus Motor- und Anhängerwagen, nach kurzem Aufenthalt an einer Haltestelle eben in Bewegung gesetzt hatte, geriet der Anhängerwagen in unregelmäßige, hohe Bewegung. Der Schaffner ließ sofort halten, worauf man unter dem Wagen einen Menschen entdeckte, der, als der Wagen aus dem Gleis gehoben war, bereits den erlittenen Verletzungen erlegen war. Über die Entstehung des Unglücksfalles ist nichts bekannt, da niemand den Mann zuvor gesehen hat, auch der vordere Motorwagen ausnehmend nicht über ihn hinweggegangen ist. Man nimmt an, daß der Verunglückte, falls nicht Selbstmord vorliegt, auf den hinteren Perron des Motorwagens oder auf den vorderen des Anhängerwagens hat springen wollen und infolge Fehlsprunges zwischen beide Wagen hindurch auf das Gleis geraten ist.

**Rostock.** Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich bei dem Rostock-Laager Bahnübergang an der Chaussee Güstrow-Laage. Kurz vor der Einfahrt des 11% Abzuges in die Station Laage fuhr ein vier mit Kohlen beladene Wagen des Gutes Weitenhof über die Strecke. Die beiden Pferde des ersten Wagens wurden von der Lokomotive erfasst und vollständig zermalmt. Nur dem Reichen der Stränge und dem Brechen der Deichsel des Wagens verdankt der Lenker desselben das Leben. Der Wagen kippte um und begrub den Knecht unter sich, der schwere Verletzungen am Hinterkopfe erhielt. Er wurde in das Krankenhaus zu Laage eingeliefert. Sein Befinden soll zu Beforgnissen keinen Anlaß geben. Die getöteten Pferde wurden von der Lokomotive noch 300 Meter weit geschleift. Vor sechs Jahren wurden an derselben Stelle schon einmal zwei Pferde überfahren. Es ist ein Wunder, daß dort nicht schon mehr passiert ist, da der Übergang durch keine Schranke gesperrt werden kann.

**Hadersleben.** Das Turnverbot in Nordd. Schleswig. Ein Glieb in der Kiste behördlicher Schikanen gegen die Dänen in Nordd. Schleswig hat der Versuch, ihre Körperkultur zu unterbinden. Vor einigen Jahren versuchte man die dänischen Turnvereine dadurch unmöglich zu machen, daß den Jugendlichen verboten wurde, am Unterricht teilzunehmen. Im Gerichtsverfahren wurde jedoch ein für die Turnvereine günstiges Urteil gefällt, ohne daß die Frage des Jugendlichensverbots in genügender Weise geklärt wurde. Da aber eine Klärung von weittragender Bedeutung war, verfaßte der Zahnarzt Smith in Hadersleben eine kleine Schrift, in der zur Nichtbefolgung der Turnverbote aufgefordert wurde. Um ein Strafverfahren zu veranlassen, wurde die Schrift sowohl an die Staatsanwaltschaft als auch an die Verwaltungsbehörden gesandt. Sogar im preußischen Landtag wurde sie verteilt. Im Jahre 1909 schritt der Staatsanwalt gegen Smith ein. Nach der ersten Vernehmung wurde die Sache verlagert, weil der Staatsanwalt das Endurteil der inzwischen die Gerichte beschäftigenden Angelegenheit des Jugendverbots bei dem Arbeiterturnverein abwarten wollte. Als der Staatsanwalt die Urteilsbegründung des Reichsgerichts in Händen hatte, wurde das Verfahren gegen Smith wieder aufgenommen. Es galt nun lediglich festzustellen, ob schulpflichtige Kinder am Unterricht teilgenommen hatten. Bei der ersten Verhandlung am 8. Februar 1911 vor dem Flensburger Landgericht wurde festgestellt, daß die Regierung mit ihrem Verbot ihre Kompetenz überschritten hatte, indem sie das Verbot auch auf solche Fälle ausgedehnt hatte, in denen der Turnunterricht geweremäßig betrieben wurde. Gegen das freisprechende Urteil wurde Revision eingelegt, und nach mehreren Aussetzungen kam die Sache am 21. Dezember 1911 vor dem Reichsgericht in Leipzig zur Verhandlung, ohne einen endgültigen Abschluß zu finden. Der Reichsanwalt stellte sich nämlich auf den Standpunkt des zweiten Strafenats (in der Angelegenheit gegen die Arbeiterturnvereine), wick aber von diesem Standpunkt ab in bezug auf den Begriff „Jugend“ und beantragte ein Urteil der vereinigten Senate. Das Gericht entsprach diesem Wunsche und legte den vereinigten Strafsenaten folgende Frage vor: Gehören zur Jugend außer den schulpflichtigen Kindern und den Schülern höherer Lehranstalten auch solche nicht mehr schulpflichtigen Personen, die nach dem regelmäßigen Lauf der Dinge eine höhere oder niedere Schule besuchen würden, ihr aber aus irgend welchen Gründen ferngehalten werden, bei denen also der Schulunterricht ganz oder teilweise durch Privatunterricht ersetzt oder ergänzt wird? Nachdem die vereinigten Strafsenate diese Frage bejaht hatten, kam die Sache am 20. Februar dieses Jahres vor dem dritten Senat zur Verhandlung. Entsprechend dem Antrage des Reichsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück zur erneuten Verhandlung. Diese fand am Dienstag statt und endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe.

**Helgoland.** Maschinenexplosion auf dem Torpedoboot „S. 148“. Vier Tote, drei Schwerverletzte. Vor Helgoland ist Mittwoch mittag, kurz nach 1 Uhr, auf dem Torpedoboot „S. 148“ ein Hochdruckzylinder geplatzt. Das Boot befand sich auf der Einfahrt nach Helgoland zwischen der Düne und dem Unterseeboothafen. Die ganze fünfte Flottille stoppte sofort. Es sind vier Personen getötet und drei schwer verletzt. Die Toten sind auf „S. 148“ nach Wilhelmshaven und die drei schwer Verletzten, an deren Aufkommen gezweifelt wird, ins Marinelazarett gebracht. Die dritte und fünfte Torpedobootflottille sind halbhoher vor Helgoland vor Anker gegangen. — Nach der amtlichen Meldung wurden zwei Personen, der Maschinistenwärter Kulisch und der Heizer Slonina, getötet. Schwerverletzt wurden der Ingenieur Aspirant Lühmann, Maschinistenmaat Strödel und Oberwärter Krüger. Das Befinden der Verletzten, die nach Helgoland gebracht worden sind, ist zurzeit nicht ungünstig.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10  
 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. N. a.:  
 Bedrohosen . . . 2.20—6.45  
 Maurenhosen . . . 2.60—6.75  
 Schlofferhosen . . . 1.88—5.25  
 Überziehhosen . . . 1.08—2.85  
 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25  
 Leinene Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kafen, Hemden, Schlachterjacken, Felleurjacken, Maleremäntel erstaunlich billig. Müssen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecan.

**Gratis!** **Gratis!**  
 Am Freitag, Sonnabend und Sonntag gebe auf 1 Pf. Margarine zu 60 oder 70 Pf. (3866)  
**einen großen Klöben,**  
 auf 1 Pf. Margarine zu 80 od. 90 Pf. 1 Kaffeeanne oder 1 Milchtopf  
**Gratis!** **Gratis!**  
 Mart. Wegener, Balauerfahr 6.

# Arbin

det seh ick jetzt ganz klar,  
 putzt doch die Stiebel wunderbar!

In Dosen aller Grössen überall erhältlich.  
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Garantiert rein deutsche Honigarten in Zusammenstellung mit Raffinade **Bienenleib**

Karl Häver & Co. Wallhalbinsel. Fernr. 891

## Geschäftsübernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck hiermit die Anzeige, daß ich das bisher von Herrn E. Burmeister geführte (3862)

## Feuerungs-Geschäft

in Firma L. Thun Nachflg., käuflich erworben habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch gute Ware, prompte und reelle Bedienung alle werten Kunden zufrieden zu stellen und bitte ich um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll

E. Brüggemann, L. Thun Nachflg.

**Betten-Duve** liefert bestens und billigst. 102 Gr. Burgstr. 32.

## Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ausserordentliche

## General-Versammlung

am Freitag, dem 23. Mai 1913

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Wahl eines dritten Vorstandsmitgliedes und Genehmigung der Anstellungs-Verträge mit den Vorstandsmitgliedern.

Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

## „Zum roten Löwen“

Sonntag, den 18. Mai:

## Großes Ringreiten

mit nachfolgendem TANZ.

Gierzu laden freundlichst ein

Die Reiter. Karl Mühr. (3868)

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

## Ausflug nach Ratzeburg

am Sonntag, d. 1. Juni 1913.

Tour um den Ratzeburger See mit Musik, nachdem

**BALL** im Lokale „Weinberg“.

Fahrtpreis inkl. Zuzug à Person 1.00 Mark

Kinder über 4 Jahre die Hälfte.

Abfahrt ab Lübeck 1.31 Uhr. Rückfahrt ab Ratzeburg 11.04 Uhr.

Preis der Karte 50 Pfg.

Das Komitee.

Das „Frisch auf“-Genossenschafts-Fahrrad, das Idealrad für jedes Wetter. Verkauf an jedermann. (3868) Fünfhausen 28.

## Christian Gäde's Buchen-Holz Kohlen

in Original-Packungen sind anerkannt erstklassig.

In fast allen Handlungen zu haben.

3864

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Tane. (1225) Fernruf 2490. Postkarte genügt. Wallenhorststraße 25.

Habe noch ca. 20 Ztr. gute **Erbsen** (Magnum bonum) billig abzugeben, Fernruf 2 Mk. **Johs. Timm,** 3850) Schwartauer Allee 131 n.

## Arbeiter-Abstinenzbund

Die Versammlung am Freitag, dem 16. Mai, fällt aus, dafür findet die nächste am Freitag, dem 23. Mai, statt. 3857) Der Vorstand.

## Der Gildetag

d. Schweineversicherungs-Gilde zu Mendorf i. Ldb. findet am Sonntag, d. 18. Mai, im Lokale des Herrn Randt, daselbst statt. (3886) Der Vorstand.

Achtung!

Deutscher

## Bauarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Schlutup.

## Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, dem 18. Mai nachmittags 4 Uhr im Gasthof „Zur Linde“.

Tagesordnung:

Bericht vom Verbandstag über die Ergebnisse des Tarifabschlusses. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

3861) Der Vorstand.

## Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 15. Mai 1913. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. 20. R. i. R. Ab. Anger Donnerst.-Ab. Abschieds-Vorstellung für Frau Ella Kruse-Thurmann.

## Fidelio.

Oper von L. v. Beethoven. Opernpreise.

Schluss der Spielzeit! (3847)

## Zirkus

## E. Blumenfeld Wwe.

das berühmteste Zirkus-Institut auf Reisen,

gastiert nach mehr als zweijähriger Pause ab

21. bis inklusive 25. Mai in Lübeck.

Zum letzten Male werden die jetzigen Inhaber des so sehr renommierten Zirkus E. Blumenfeld Wwe. nach Lübeck kommen, denn die Söhne und Neffen werden den Betrieb übernehmen.

Darumhin werden die diesmaligen Vorstellungen sich ganz besonders großartig gestalten, um den guten Ruf des Zirkus E. Blumenfeld Wwe. auch auf seine Nachfolger zu übertragen.

Um sich nicht von der immer wachsenden Konkurrenz überbieten zu lassen, haben die Gebr. Blumenfeld ihren Zirkus mit einem Kostenaufwand von über 100 000 Mk. vergrößert und wird ein hochverehrtes Publikum vom 21. bis 25. Mai selbst beschäftigen können, daß ein Zirkus dieser Leistungsfähigkeit noch

nie zuvor in Lübeck gastiert hat.

Nicht das ewige Einerlei

wird in dem Blumenfeldschen Programm gezeigt, sondern

Neuheiten über Neuheiten,

daher auch der riesige Erfolg allerwärts.

Zirkus E. Blumenfeld Wwe. brilliert nicht durch äußeren Aufputz, sondern der Glanz seiner Ausstattung zeigt sich in seiner Manege.

Indem wir um ein wohlwollendes Entgegenkommen bitten, verweisen wir noch auf die nächsten Inserate und Plakate und zeichnen mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung. (3858)

Gebr. Blumenfeld, Gührau.

## Zum Wohnungswesen in Preußen.

liest man in dem amtlichen Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staat das Kapitel über die Hygiene der Ortschaften und Wohnungen, so kann man zweifeln, ob diese Darstellung überhaupt irgend welchen Wert hat. Was kann es nützen, wenn aus jedem der vielen Regierungsbezirke mit zwei oder drei Sätzen berichtet wird, daß dort in wesentlichen alles in Ordnung sei? Ein solcher Bericht hat doch nur den Wert, wenn er — wie das in vielen anderen Kapiteln geschieht — Zahlen und Tatsachen mitteilt, durch deren Zusammenstellung sich der Leser selbst ein Urteil bilden kann, statt daß er hier bloß die durch nichts begründete Meinung der berichtenden Beamten vorgelesen bekommt. Um so mehr gibt es zu denken, daß selbst in dieser schön gefärbten Darstellung garnicht wenig Ungünstiges über das preussische Wohnungswesen zu finden ist. Hier einige Proben.

Im Regierungsbezirk Königsberg wurde in den Dörfern Mangel an Aborten festgestellt. Im Bezirk Allenstein sind in einigen Kreisen „auf dem Lande Aborte noch nahezu unbekannt“. Ganz das gleiche wird gemeldet aus den Bezirken Danzig, Köslin, Mecklenburg, Hannover und anderen. Was die Wohnungen in den Städten anlangt, so erfahren wir z. B. in der Stadt Allenstein waren die Arbeiterwohnungen wegen der hohen Mietpreise häufig überfüllt. In vielen Städten des Regierungsbezirks Danzig waren die Wohnungen vielfach überfüllt, feucht und dunkel. In Beuthen befiel sich die unbemittelte Bevölkerung immer noch mit dem schlechtesten Unterkommen. In Kiel hatte nur etwa der dritte Teil sämtlicher Wohnungen einen eigenen Abort. Die Wohnungsverhältnisse in den kleineren Städten des Regierungsbezirks Hannover ließen vielfach noch zu wünschen übrig. In den alten Häusern in Duderstadt gibt es vielfach noch Schlafkammern, die kein direktes Licht haben, sondern vom Flur oder von anderen Zimmern aus belichtet werden. In Goslar sind die Wohnungen zum Teil feucht, dumpf und dunkel. Die gleichen Zustände sind in Hildesheim und Münden anzutreffen. In den kleineren Städten des Regierungsbezirks Lüneburg sind die Wohnungen vielfach klein, niedrig, dunkel und häufig feucht; ebenso im Regierungsbezirk Stade. In den meisten Städten des Regierungsbezirks Arnberg gaben die Wohnungen zu erheblichen Beanstandungen Anlaß. Ueber alte, ungesunde Wohnungen wird in den Städten Frankenberg, Hanau, Hersfeld, Hünfeld und Marburg geklagt. Dunkle, feuchte und überfüllte Wohnungen sind in den Städten des Regierungsbezirks Trier noch recht häufig anzutreffen; desgleichen in Saarbrücken und anderwärts.

So haben wir eigentlich im ganzen Staate die elendesten Zustände, soweit mittlere und kleine Wohnungen in Frage kommen, und man versteht nicht recht, wie hier und dort der Bericht immer wieder versichern kann, daß die Wohnungsverhältnisse befriedigend seien und sich andauernd verbessern. Auch auf dem Lande sieht es nicht anders aus, obwohl die ländlichen Zustände sonderbarerweise noch mehr gelobt werden. Im Kreise Johannisburg werden auf dem Lande vielfach die Fenster von vornherein so gearbeitet, daß sie nicht geöffnet werden können. In den Kreisen Wittelsfeld, Merseburg, Mühlhausen i. Th. sind die ländlichen Wohnungen häufig eng, ungesund und über-

füllt. Im Kreise Ziegenrück stehen sie oft mit den Ställen in enger Verbindung. In den Regierungsbezirken Münster und Minden sind auf dem Lande noch viele feuchte und dumpfe Wohnungen zu finden. Im Regierungsbezirk Kassel befinden sich in den kleineren ländlichen Wohnungen häufig noch die Viehställe im Erdgeschoß. Im Regierungsbezirk Koblenz findet man auf dem Lande noch eine ganze Anzahl alter, arbeitsloser Wohnhäuser mit den bekannten Mängeln, Feuchtigkeit, Mangel an Raum, Licht und Luft.

So zeigt auch diese amtliche Darstellung, trotz aller ersichtlichen Schönfärberei, wie das Wohnungswesen, dieser wichtige Teil der sozialen Frage, in Preußen noch sehr im argen liegt.

## Verfälschte Nahrungsmittel.

Was dem deutschen Michel — dank kapitalistischer Profitgier — alles zu essen zugemutet wird, dafür liefert der neueste Band der amtlichen Mitteilungen über das Gesundheitswesen im preussischen Staate wieder eine Fülle recht unappetitlicher Beispiele. So verarbeitete ein Schlächter im Regierungsbezirk Frankfurt Wurst, die schon jahrelang gehalten hatte, unter Zusatz von verdorbenem Pökelfleisch von neuem zu Wurst. Ein Schlächtermeister besuchte täglich die Berliner Markthallen und benutzte das dort nicht mehr verkäufliche, zum Teil bereits verdorbene Fleisch zu seiner Fabrikation. Im August 1911 wurden in Halle 107 Stück Geflügel beanstandet, die mehrere Wochen in einer Kühle gelagert und dort einen ekelhaften Geruch nach Teer oder Asphalt angenommen hatten. Häufig wird beobachtet, daß Landfrauen bei Eierhändlern in der Stadt Kisten Eier kaufen und als frische Eier wieder verkaufen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurde Milch beschlagnahmt, die 10—25 Proz. Wasser enthielt, doch kamen auch 35—60 Prozent vor! Um ihrer verweirten Milch ein besseres Aussehen zu geben, färbten einige Milchhändler einen gelben Farbstoff zu. Mehrfach wurde nachgewiesen, daß Milch von Klauenkrankheiten Kühen in den Handel gebracht wurde. In einem Kreise des Regierungsbezirks Düsseldorf wurden die Molkereiräume häufig von Frauen der Arbeiter zum Waschen der Hauswäsche benutzt. Butter wurde im Jahre 1911 — wo es wegen der großen Dürre wenig Milch gab — viel gefälscht. Im Regierungsbezirk Kassel wurde Butter ermittelt, die 40 Prozent Wasser enthielt, in Oppeln solche mit 37½ Prozent Wasser. Manchmal kam es auch vor, daß alte, schimmelige Butter mit neuer verarbeitet wurde und als frische Butter verkauft wurde. So wurde im Regierungsbezirk Köslin ein Butterhändler bestraft, der um einen Korb alter Butter eine Hülle von frischer Butter geschlagen hatte. Eine Butterfabrik im Landespokalbezirk Berlin vertrieb als Landbutter ein Fabrikat, das aus alter, verschimmelter und stark veräulter ranziger Krahbutter hergestellt wurde. In München-Gladbach wurde ein Bäcker bestraft, weil er das aus den Säcken ausgeschlagene und vom Boden zusammengekehrte Mehl verwandte, das viel Sand, Holzspäne und Milben enthielt. In Hamburg wurde ein Kaffeelagermittel „Simat“ ermittelt, das erhebliche Mengen Arsen enthielt. Im Regierungsbezirk Minden wurde ein Kaffee verkauft, der 45 Prozent Lavinensamen enthielt, in anderen Kaffeesorten wurden gar 50 Prozent Bohnenensamen entdeckt. Ein „Surrmanns Nährsalz“ im Regierungsbezirk Düsseldorf enthielt überhaupt keinen Kaffee. Ein unter dem Namen „gemahlener Phönixkaffee mit Gewürz“ in den Handel gebrachter Kaffee enthielt 75 Prozent geröstetes Getreide. Auch sonst wurden in mancherlei als „Kaffee“ verkauften Fabrikaten nur geringe Spuren echten Kaffees gefunden.

Der Bericht würde vermutlich noch über viel tollere Zustände berichten können, wenn die Kontrolle weniger bürokratisch gehandhabt würde. Die Proben zur Untersuchung der Nahrungsmittel werden nur teilweise von sachverständigen Chemikern entnommen. In vielen Orten findet man, daß

das zu viel kostet, und so schickt man den — Schukmann, der in Preußen bekanntlich alles verstehen muß. Die Folge ist, daß die Untersuchungsämter mit ganz unnützer Arbeit belastet werden. So wurden z. B. im Regierungsbezirk Alneburg zahllose Proben, deren einwandsfreie Beschaffenheit man ohne weiteres erkennen konnte, unnützlich eingeliefert. Andere Waren, die der Chemiker sofort mitgenommen hätte, blieben unbehelligt, da der Schukmann nicht wagte, etwas anderes als das ihm genau vorgeschriebene zu tun.

## Aus der Partei.

Auf der Berner Konferenz gaben die deutsche und französische sozialdemokratische Parlamentsfraktion und der Parteivorstand der deutschen und französischen Sozialdemokratie folgende gemeinsame Erklärung ab:

„Auf dem Kongress zu Basel 1912 und in dem gemeinsamen Manifest von 1913 haben sich die sozialistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands von neuem zu einer einheitlichen Aktion gegen den Krieg verbunden. Mit wachsender Kraft haben sie gegen den Militarismus und den Imperialismus sowie gegen das verstärkte Wettrennen um die Weltmacht Stellung genommen. Ihre Abgeordneten in den Parlamenten und ihre Zeitungen haben ebenso wie das kämpfende Proletariat in seinen Massenversammlungen sich mit aller Macht gegen die neuesten Ausbrüche des Rüstungswahns erhoben. Sie stellen unermüdet die Kriegshetze und die Manöver der kapitalistischen Rüstungsindustrie an den Pranger. Solidarisch vereinigt betrachtet die Arbeiterklasse beider Länder jeden Versuch, sie in einen brudermordenden Krieg zu treiben, als nicht würdiges Verbrechen.“

Nachdem sich glücklicherweise der durch den Imperialismus erzeugte Gegensatz zwischen England und Deutschland vermindert hat, ist die von den Sozialisten heiß ersehnte französisch-deutsche Annäherung das wirksamste Mittel, die europäische Kriegsgefahr zu beschwören und durch einen Zusammenschluß von Deutschland, Frankreich und England in dauerndem Frieden die Vorbedingungen für die Entwicklung des menschlichen Fortschrittes zu schaffen.

Für die französisch-deutsche Annäherung ist eine unschätzbare Hilfe aus Elsaß-Lothringen gekommen, das seinen Absichten vor einem Kriege um seinerwillen sowie den festen Entschluß verkündet hat, mit einer autonomen Verfassung das lebendige Bindeglied der beiden großen Nationen zu werden.

Die Sozialdemokratie beider Länder kämpft gegen den Militarismus und für die Demokratisierung der Herrschaftsverfassung, für den Ersatz der stehenden Armee durch die Miliz, die ausschließlich der Verteidigung des Landes dient, sie am besten gewährleistet und damit zugleich jedem Volke seine Freiheit und seine Selbstbestimmung sichert.

Sie fordert die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgerichte.

Die modernen Kriege mit ihren furchtbaren Greueln und unsäglichem Verwüsten bedrohen auch die weitesten Schichten des Völkertums. Alle Bestrebungen bürgerlicher Gruppen und Parteien, die sich gegen die chauvinistische Verheerung der Völker, gegen die Eroberungspolitik und die Rüstungstreibe-

## Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Erklsson.  
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(16. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Langsam arbeitete er sich hoch, schleppte sich nach dem Scheitelpunkt und legte sich hier nieder. Sein ganzer Körper brannte im Fieber und dampfte vor kaltem Schweiß. Eine Reihe Erinnerungen aus den ersten Jahren im Geföß des alten Stoms bis zu dem jetzigen Tage zogen an ihm vorüber. Er hätte weinen mögen, als ihm die Sturmnacht einfiel, die ihn von seiner Swaröde vertrieb. Aber bald würde der Heimatslose „Abler“ regungslos mit ausgebreiteten Flügeln daliegen — wenn es doch rasch gehen wollte und die Schmerzen nicht gar so groß sein wollten! Er war doch ständig einer Hand auf der Welt gewesen, warum stritten sich denn jetzt der Tod und das Leben so gewalttätig um ihn und rissen und zerrten an seinem armen Leib.

Bei diesem Gedanken blieb ihm der Verstand stehen, und er meinte, er sähe die Sterne da oben tanzen. Manchmal kamen sie ihm so nahe, daß er sie fangen wollte, aber dann waren sie auf einmal in weiter Ferne, so fern, daß sie wie Nadelstiche ausliefen — oder wie kleine Sonnen und Himmelskörper wie Blutstropfen, und dann kamen sie wieder näher und wurden zu glühenden Eisenkugeln. Aber während all diesem trogen die Stunden der Nacht langsam wie Schnecken an ihm vorüber, und das Ende wollte noch immer nicht kommen.

Erst als die Fuhrleute das Morgenfutter für die Pferde holten, werden die Männer richtig wach und begreifen, wie gefährlich der Zustand des Kranken ist. Domkapitel nimmt ihn auf den Arm und trägt ihn hinein. Niemand hat Lust, an die Arbeit zu gehen, und der Tag graut schon, aber sie raten, ihn noch immer. Allen tut es sehr leid, daß sie so wenig Teilnahme bewiesen, sie glaubten ja nicht, daß es so schlimm sei. Schließlich fragt Domkapitel, wer mit dem Kranken reiten will, aber niemand antwortet; denn die Arbeitstage, die dadurch verloren gehen, drängen sich unbarmherzig zwischen sie und den Hirschen. Die Sorge ums tägliche Brot erwirkt das angeborene Mitleid. Erst als Domkapitel zum zweitenmal fragt, meldet sich Lia, da sich die Brüder verpflichten, ihn, soweit sie können, keine Mühe zu ersparen. Dann machen sie sich mit dem Kranken zu tun und reden dabei leise und ernst. Schließlich steigt ein Bündel Lumpen im Schlitten drauhen vor der Tür. Die Männer stehen um ihn herum und sehen zu, wie Hans Lia seinen Braunen anspannt.

Und dann legt sich die traurige Fuhrer in Bewegung. Domkapitel steigt mit dem eigenen Fuß auf einem trockenen Stamm,

stößt die Hand aufs Antie und sieht wie die andern dem Schlitten nach, aber als er in der Bewegung verschwimmt, richtet er sich auf und sagt kopfschüttelnd: „Ja, auch ein gefälliger Baum.“

Im selben Augenblick sehen sie Jonas Erklsson den Weg herauskommen. Er hat eine wichtige Unterhandlung geführt, und der Vater ruft eifrig seinen Namen — alle sind gespannt auf den Ausgang. Er sieht blühend und frisch aus, wie die Gesundheit selber, denn er hat sich warm gegangen, und als er oben bei der Barade ankommt, schließen die Männer erwartungsvoll einen Kreis um ihn und fragen alle auf einmal, ob er eine Lohnaufbesserung durchgekehrt hat. Aber das ist ihm nicht geglikt, erzählt er, während er sich mit dem Rodärmel den Schweiß aus dem Gesicht wischt und sich auf den trockenen Baumstamm setzt.

„Nein“, fährt er fort, „der Fähr läßt sich nicht schuppen. Aber wisst Ihr, was er uns statt einer Aufbesserung anbot oder, richtiger gesagt, befaß? Alle Mann nach dem Norderschlag!“

Die Enttäuschung macht sich in kurzen, halbblauen Flügen Luft, und Jonas Erklsson fängt wieder an: „Aber, antwortete ich — nach der Stinshütte gehe ich nicht — und auch wohl keiner von den andern. Und als er darauf den Inspektor von Gottes Gnaden 'rauslehren wollte, konnt' ich's nicht bleiben lassen, ihm auch mal die Wahrheit zu sagen.“

„Was hast Du gesagt? — Erzähl doch! — Hast Du ihm alles ins Gesicht gepudert?“

„Nein, nicht alles. Das ist ja nicht möglich. Außerdem, wenn er bloß will, so sieht er das natürlich selbst ein, aber jetzt hat er seinen Sinn so verhärtet, daß ihm ein einziger Baumstamm mehr gilt, als wir hier alle zusammen — die Pferde eingerechnet. Denn — jagte er — der Herrgott hat Euch ja schon 'ne Aufbesserung gegeben, die Tage werden länger, und Eure Pferde sind auch noch rüstig — Ihr habt keine Veranlassung zum Klagen.“

Und doch — sagte ich — verdienen wir nicht mal so viel, daß wir uns ein paar Hekt Sabadillamen pro Schicht kaufen können. Und wenn wir doch tot geräuchert werden sollen, könnten wir auch wohl eine Barade kriegen, die nicht hält, daß einer morgens nicht immer ganz steifgefahren ist. In kalten Rauch gefangen zu werden, gilt ja als härteste Strafe der Welt. Aber da gab er mir zur Antwort: Wo es Rauch gibt, ist es auch warm, und wo's Rause gibt, da gib't's auch Geld.“

Aber was ist denn mit dem Philosophen los? — Er war heut' nacht dabei, zu seinen Vätern zu gehen, das heißt, wenn er überhaupt welche hat,“ jagte der Professor.

„Ja, das ist wahr, ich erzählte auch Jan von seinem Abenteuer auf dem Wege über's Moor, aber der erklärte, das ging ihm nichts an und da sagte er ja zum wenigstens mal die Wahrheit — immerhin ein Verdienst doch.“

„Na“, jagte Domkapitel, „dann bleibt nichts weiter übrig, als daß ich mal runtergehe“ und ein Wort mit ihm rede.“

Zu unterst in der Strandstraße steht das graue Steinhäus, gleichsam als Augenposten der Stadt. Ueber dem geschlossenen Eingang hängen zwei Laternen — eine rote und eine weiße, und aus den Fenstern fällt ein matter Schein, wie faules Holz, das aus den Augenhöhlen eines Totenkopfes leuchtet, denn der Abend ist trübe und nebelig.

Das ist das Lazarett und Lia kommt mit seinem Schlitten vorgefahren.

Die gewaltige Tür kreischt in ihren Angeln und ein weiter, lichter Schlund gähnt Hans Lia und seiner kläglichen Fuhr entgegen. Auf der Schwelle steht eine schlank Frau mit über der Brust gekreuzten Armen. Sie ist ganz weiß angezogen und trägt eine Kopfbedeckung, wie Lia sie noch nie gesehen. Auch Männer, die eine Bahre tragen, kommen aus dem Schlund heraus, und die Frau erteilt ihnen Befehle: „Doch nicht so — fahrt ihn vorsichtig an — es ist ein Fall von Blinddarmentzündung — spaltet Euch, wir haben doch noch andre, die warten.“

Und die Männer legen das klägliche Bündel auf die Bahre, gehen die Stufen hinauf und wieder in den großen Schlund hinein. Ihre Schritte geben einen dumpfen Widerhall. Und wie die Fuhrträger in einen Seitengang abbiegen, ruft Hans Lia ihnen nach: „Adieu Philosoph! Adieu!“

Aber da kehrt sich die Frau um und sagt streng: „Still, Alter! Schäm Dich, solchen Lärm zu machen!“

Dann fällt die schwere Tür ins Schloß und Hans Lia steht wieder allein mit sich selbst, seinen Gedanken und seinem Braunen.

Nicht mal die Hände wärmen darf sich einer da drinnen,“ brummte er und hauchte in seine kalten, krummen Finger — und dabei hab' ich ihnen doch 'nen ganzen Mann gebracht.“

Ein Sturmvogel.

Es war am zweiten Tage nach der Abfahrt des Philosophen. Die Männer saßen beim Mittag, aber ihre Augen schielten nach dem Winkel, in dem der monatliche Pet Verja hochte. Niemand redete und das Essen wollte nicht schmecken; denn jeder ahnte, daß Jans dienstbarer Geist mit unwillkommenem Bescheid kam. Alle witterten den Unglücksvogel in dem zumeistigen Mann, und vergebens trug er nicht den Namen „Jans alter Rabe“.

relen richten, können auf die tatkräftigste Unterstützung der Sozialdemokratie beider Länder rechnen.

Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßt deshalb aufs wärmste den Zusammenritt der Konferenz zu Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Kreise der Arbeiter hinaus, die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde.

**Die Verfolgung der Arbeiterpresse in Rußland.** Das Petersburger Arbeiterblatt „Pravda“ veröffentlichte dieser Tage eine Statistik der Verfolgungen, die es während seines einjährig Bestehens zu erleiden hatte. Es erweist sich, daß das Blatt in dieser Zeit 41 Konfiskationen zu erdulden hatte und 7800 Rubel an Strafen bezahlte. Ein Teil der auferlegten Strafen, der nicht bezahlt wurde, wurde durch 47 Monate Gefängnis ersetzt (nach der üblichen „Tage“: 8 Monate Gefängnis oder 500 Rubel Strafe). Ferner wurden die Redakteure dreimal zu je 8 Monaten Haft verurteilt, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden konnten. Insgesamt erlitt das Blatt 60 Repressionen, oder je eine auf fünf erschienene Nummern. Noch heftiger sind die Verfolgungen, die das zweite Petersburger Arbeiterblatt „Lutich“ zu erdulden hatte. In der bürgerlichen Presse wurde kürzlich festgestellt, daß dieses Blatt nach der Häufigkeit der von ihm getragenen Strafen an der Spitze der gesamten russischen Presse marschiert. Besonders heftig wurden neuerdings diese Verfolgungen, als der „Lutich“ zu einem größeren Format überging. Von diesem Tage an wurde das Blatt im Laufe zweier Wochen fast täglich konfisziert oder mit Geldstrafen belegt. Da der Vertrieb durch die sonstigen Konfiskationen stark behindert wird, und die von den Arbeitern aufgebracht Mittel zur Deckung der Strafen natürlich nicht ausreichen, wandern die Redakteure in einem fort ins Gefängnis. Sowohl von der „Pravda“ wie vom „Lutich“ sitzen in der Regel ein halbes Duzend Redakteure im „Kloppewnit“ (Wanzennest), wie das Volk die Arrestlokale bei den Volkstribunalen bezeichnet. Als kürzlich wegen der in jeder Nacht stattfindenden Massenerhaftungen vor dem russischen 1. Mai die Arrestlokale „gefüllter“ wurden, wurden allein aus dem Lokal bei dem Alexander-Nemsky-Kreier 5 Redakteure des „Lutich“ nach einem anderen Gefängnis übergeführt. Mit diesen ungeheuerlichen Opfern muß die russische Arbeiterklasse die kümmerliche Pressefreiheit erkämpfen, die sie sich in der letzten Zeit erkämpft hat.

## Die Lage der Papierarbeiter.

Am 18. und 19. Mai tagt im Volkshaus zu Dresden eine vom Verbands der Fabrikarbeiter einberufene Konferenz der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht ein Referat über die wirtschaftliche Lage der Papierarbeiter, ein zweites über den Arbeiterschutz in der Papierindustrie und ein drittes über die Papierarbeiter und die gewerkschaftliche Organisation.

Das Referat über die wirtschaftliche Lage der in der Papierfabrikation Beschäftigten dürfte Zustände aufzeigen, wie man sie in einer Industrie, die gewissermaßen eine Grundlage unserer modernen Kultur erzeugt, kaum noch für möglich halten sollte. Nach den gewiß nicht zuungunsten der Unternehmer gefärbten Berichten der Papiermachere-Berufsgenossenschaft betrug der Durchschnittslohn für einen Vollarbeiter im Jahre 1911 nur 942 Mark. Werden die weiblichen und jugendlichen Arbeiter aus der Durchschnittsberechnung ausgeschlossen, so erhöht sich der Lohn auf 1063 Mk. für 300 Arbeitstagen pro Jahr, also auf noch nicht 3,35 Mk. für die meist zwölfstündige Arbeitszeit. Nach einer vom Verbands der Fabrikarbeiter im Frühjahr 1912 aufgenommenen Statistik betrug der durchschnittliche Stundenlohn für erwachsene männliche Arbeiter nur 29,9 Pfg. Es gibt aber zahlreiche Arbeiter, die gar nur 18—25 Pfg. verdienen, ja ganze Betriebe bleiben mit ihrem Durchschnittslohn für erwachsene Arbeiter unter 20 Pfg. Von 169 von der Statistik erfaßten Papier- und Zellulosefabriken bleibt in 33 der durchschnittliche Stundenlohn unter 25 Pfg. und in nur 66 steigt er auf mehr als 30 Pfg.

Schließlich zog er aus seiner Manteltasche ein zusammengelegtes Papier, entfaltete es, trat ans Feuer und fing an Wort für Wort zu buchstabieren und zusammenzufügen.

Das ging holperig, aber das Rauen wurde doch eingestrichelt und aller Augen hefteten sich auf den König.

Und er brachte schließlich folgendes zusammen:

Küßt Euch und fahrt nach dem Roder Arbeitstag; heute noch! Morgen müssen alle Wege aufgeföhren sein. So einer zaudern will, geht er seiner Arbeit verlustig und die Pächter ihrer Huzen.

Chylos Jan, Inspektor.

Nachdem er gelesen, wählte er sich den Schweiß aus dem mageren Gesicht, schneuzte sich mit dem Daumen und Zeigefinger und fragte, ob alle den Brief verstanden.

Das hatten sie, denn es war ja weiter keine Kunst, ihn zu begreifen. Und ein leises Summen ging durch die Barade, daß es wohl keinen anderen Ausweg gäbe, als sich in Jans Befehl zu fügen. Nicht nur die Pächter, sondern auch die freien Bauern bringen von der Gunn des allmächtigen Hauptlings ab, so gar hatte er es verstanden, ihre Gerechtigkeiten zu beschneiden. Denn hinter ihnen lagen jetzt die väterlichen Acker und Felder brach und verwildert vor ihnen Jans Befehle, und geben ihnen die Sorge was tägliche Brot.

Aber nachdem alle ihr Gutachten über das Ultimatum abgegeben, schlug Grels mit der Faust auf die Brust und rief mit einer Stimme, die verriet, daß es ihm ernst war: „Kriech ich nicht dem König, aber das geht Jan nichts an, und nach der Einkünfte gehen weder Jonas noch ich. Noch hab ich azische Hof, und mag er Proklamatie mitten im Hochsommer herabbeschwören — haben Lammeljahre hintereinander — nach dem Roder Schlag soll er mich doch nicht kriegen.“

„Grels!“ riefen die Brüder. Aber da sagte Per Verja, indem er sich nieder in seine Ecke drückte: „Ja, so was muß ich natürlich Jan wiedererschicken; und denn wird es so, daß er Euch bestrafen mag. Er ist ja so streng und...“

Sei dieser weiteren Behauptung des Schwärzwebers begann ein heftiges Schimpfen und Flüchen, das reißenden damit erregte, daß sie sich aus Grels und noch einigen alle für die Fahrt nach dem Roder Schlag rüsteten. Die Brüder betrachteten lächelnd diese Männer — wie sie Jans Willen durchsetzten, wie sie ihre Sorgen zusammenpackten und manchmal so ruhig behaupteten, daß es keine Mühe ertragen konnte. Da trat der alte Homs aus der Barade — wie keine Feinde, sondern Jungs herum, als er keine Kinderhüte zusammenpackte, und wie seine Stimme vibrierte als er sagte: „Es ist mir als wäre ich mit Leib und Seele dem König verfallen! Denn ich will wenigstens einen für die Fahrt zur Hilfe mitnehmen.“

„Per Verja“ riefen heftig den jungen Jans Grels, und er lachte freundlich zurück: „Ich werd' mit-

Die Arbeitszeit beträgt für die Maschinenarbeiter fast immer 12 Stunden ohne eigentliche Pausen (das Essen muß an den Maschinen und meist ohne Ausherrücklassung der Luft eingenommen werden). Die übrigen Arbeiter haben meist 10stündige Arbeitszeit. Sonntagsarbeit und Überstunden sind allgemein. Schichten von 18 und 24 Stunden sind nicht selten. Aus den Papierfabriken Bayerns berichteten die Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1908, daß die tägliche Arbeitszeit „hie und da bis zu 18 Stunden“ beträgt; in einer kleineren Pappenfabrik Oberbayerns hatte der Kollergangführer jeden Tag 18 Stunden Arbeit zu leisten. Und aus Oberfranken wurde berichtet, daß in drei Holzschleifereien „die Arbeiter zur Erhöhung ihres karglichen Verdienstes nach Beendigung ihrer 12stündigen Arbeitsschicht regelmäßig noch 2—5 Überstunden machen“. In einer Papierfabrik in Unterfranken wurde eine tägliche Arbeitszeit von 15 Stunden angetroffen. Eine regelmäßige Arbeitszeit von 84 Stunden die Woche (7 × 12 Stunden) wurde vielfach festgestellt.

Ueber die Ernährungsverhältnisse der Papierarbeiter machten die Beamten kurze, aber vielsagende Mitteilungen. Der Beamte für die Pfalz schrieb: „Als Hauptnahrungsmittel dieser Leute kommen Kartoffeln in Betracht.“ Aus der Oberpfalz wird gemeldet: „Als Hauptnahrungsmittel kommen Kaffee, Mehlspeisen, Kartoffeln, in verschiedenen Zubereitungen, Kraut, öfters ein kleines Stück Schweinefleisch in Frage. Im Bericht für Unterfranken hieß es: „Brot, Kartoffeln und Kaffee bilden die Hauptnahrungsmittel. Fleisch wird in den meisten Familien nur zweimal in der Woche und zwar in geringen Quantitäten genossen. Ein großer Teil soll sich das bloß an Sonntagen gestatten.“

Das sind einige Stichproben aus dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten. So wie hier angedeutet, liegen die Verhältnisse aber nicht nur in Bayern, sondern überall dort, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nicht Eingang gefunden hat.

Mit dem Arbeiterschutz sieht es in der Papierindustrie ganz besonders trübe aus. Die Betriebe liegen vielfach abseits der großen Städte und industriellen Zentren. Die Gewerbe-Aufsicht ist dort selten und oft nur oberflächlich. Die Zahl der Unfälle ist denn auch in den letzten Jahren im steten Steigen. Wie die Unternehmer über den Arbeiterschutz urteilen, verrät mit aller Deutlichkeit eine Stelle im Jahresbericht des Vereins der Papierfabrikanten für 1911. Es heißt da u. a.:

„Noch in einer andern Form verjündigen sich die Papiermaschinenfabrikanten an den Papiermachern. Undauernd machen sie Erfindungen, wodurch angeblich entweder die Arbeit aller Gefahren beraubt wird, wodurch Abwässer geklärt oder sonstige soziale Fortschritte erreicht werden. Statt sich nun der Erfolge im Kreise der Papiermacher zu freuen, gehen sie mit ihren neuen Vorrichtungen und Maschinen an die Gewerbeaufsichtsbeamten. Diese aber sind glücklich, daß sie wieder einmal über ein Mittel zur Beseitigung aller Schäden verfügen und schreiben der ihnen unterstellten Papierfabrik schleunigst die Anschaffung einer neuen Maschine oder der Vorrichtung vor.“

Diese Angst vor Anschaffung neuer Schutzvorrichtungen und der Haß gegen die gemäß nicht weniger als rigorosen Gewerbeaufsichtsbeamten macht sich in den schriftlichen Auslassungen in der Unternehmerpresse sehr häufig bemerkbar. Vor nicht langer Zeit erst machte der Sekretär der Unternehmerorganisation den Aufsichtsbeamten zum Vorwurf, sie möchten am liebsten „den Arbeiter in Watte einpacken und unter Glas und Rahmen aufstellen“. Ueber die Tätigkeit der Beamten aber schrieb er: „Ihr Ideal ist das Geschick, ihr Wahrzeichen die Schenkelpappe“. Damit dürfte die Stellung der Papierfabrikanten zum Arbeiterschutz ausreichend gekennzeichnet und die Notwendigkeit, diese Stellung einmal öffentlich zu beleuchten, ebenso ausreichend begründet sein.

Einige Bemerkungen noch über die Entwicklung der Papierproduktion in Deutschland in den letzten Jahrzehnten. Nach der Produktionsstatistik des Vereins der Papierfabrikanten betrug die deutsche Papiererzeugung von 1909 auf 1910 von 1 509 170 auf 1 790 785 Tonnen. Das ist eine Steigerung um fast 19 %. In demselben Jahre stieg allerdings die Zahl der bei der Berufsgenossenschaft versicherten Arbeiter nur von 86 260 auf 88 394 oder um 2 1/2 %. In diesen Zahlen

gehen und Dir helfen, Honom. Vielleicht ist's auch nicht so schlimm, wenn wir nur erst unterwegs sind.“

Dies Anerbieten machte den alten Honom so froh, daß er sich mit der Rückseite der Hand etwas Glanzendes aus der einen Augenecke wischen mußte, und ob nun dies oder etwas anderes die Veranlassung war — genug, auch die Brüder erklärten sich zum Mitgehen bereit.

Es war, als ob ein unsichtbares Band die Leute aneinander knüpfte, und vielleicht fühlten und litten sie doch mehr miteinander, als sich bei einer flüchtigen Beobachtung annehmen lieh.

Gegen 3 Uhr setzte sich die merkwürdige und doch nicht feltene Karawane in Bewegung.

Sechs Pferde und Leute dazu.

Die Fahrt durch das Schneeland.

Ueber schneeige Weiten geht die Fahrt — über Hügel, durch moorige Tannengelände und schmale Talstellen. Die Pferde laufen ungestüm durch den Schnee, bleiben aber oft stehen und atmen heftig — ihr ganzer Leib zittert, ihr Bauch geht wie ein Blasebalg, und aus den weitgeöffneten Nüstern kommt grauer Dampf und sie lauen an den Gehäusen. Die Männer eilen voran und treten einen Weg, haben die Windbrüche fort und schaukeln sich durch die tiefen Schanzen. Und dann kehren sich die Pferde wieder in Bewegung. Sie springen wie Böde durch den Schnee — bleiben stehen, um zu verschaukeln, aber dann klatschen die Leinen und auf dem Rücken der nassen Tiere werden Streifen sichtbar — an ihren Seiten und Lenden. Es muß vorwärts gehen, wenn auch mit Schlägen und Hieben: denn Jan hat es befohlen. Die Dämmerung bricht schon herein, aber bis zur Hälfte ist noch immer ein gutes Stüd Weg. Und was schlimmer ist, das Schneetreiben jängt wieder an.

Die Leute arbeiten und schwingen mit den Pferden um die Weite, der Schnee peitscht ihnen ins Gesicht und sie werden ungeduldig. Sie müssen ihr Ziel erreichen, ehe sie in Schnee und Nacht begraben werden. Und da heizen die Männer in die Schlitten und lassen die Eschenknäuel auf den Rücken der Tiere spielen. Wohl fühlen sie sich bestimmt bei solcher Maßregel, aber Jans Befehl verleiht den Schlägen Kraft und die Sorge um das tägliche Brot macht das Herz falk. Die armen Tiere pflegen durch den Schnee, bis sie schweißtriefend zusammenbrechen. Dann muß der, der zuhinterst fährt, sich an die Spitze stellen, worauf der Zug sich wieder in Bewegung setzt.

Schließlich kommen sie an einen quelligen Grund, der im Schnee vor dem großen Sturm gelegen hat. Am Stempel der Barade sehen sie, daß sie im Roder Schlag sind; aber bis zur Hälfte ist es verunfallt noch weit. Und dabei wird die Dämmerung immer undurchdringlicher und das Schneetreiben wird heftiger. Deswegen müssen sie die Pferde aufs äußerste anspannen. Doch in diesem Grund muß man den Tieren schon

drückt sich schon die Tatsache aus, daß die Entwicklung der Papierfabrikation weniger in einer Zunahme der Arbeitskräfte als in einer außerordentlichen Intensivierung der Arbeit besteht. Die Maschinen sind fortwährend verbessert und vergrößert worden. Für Arbeiter, die früher mit der Hand erledigt wurden, sind Maschinen eingeführt. Transportvorrichtungen aller Art machen Arbeiter überflüssig, alle Maschinen werden durch Anbringung technischer Verbesserungen oft auch nur durch Antriebsvorrichtungen, die schnelleren Lauf der Maschine ermöglichen, besser ausgenutzt, kurz, überall tritt das Bestreben hervor, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen, vorhandene Maschinen aufs äußerste auszunutzen.

Nicht nur die vorhandenen Maschinen, auch die beschäftigten Arbeiter werden immer mehr ausgenutzt. Das in der Papierfabriken überaus verbreitete Prozent- und Prämien-system bietet den Unternehmern eine gute Handhabe, die Arbeiter zur äußersten Anstrengung ihrer Kräfte zu zwingen.

Nur durch diese enorm gesteigerte Ausnutzung der Maschinen und Menschen erklärt es sich, daß die Zahl der in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter mit der kolossal gesteigerten Produktion auch nicht annähernd Schritt gehalten hat. Seit 1886 hat sich die Zahl der versicherten Arbeiter von 44 866 auf 99 135 im Jahre 1911 vermehrt; das ist wenig mehr als eine Verdoppelung der Arbeiterzahl. In derselben Zeit ist jedoch die Papiererzeugung, gering veranschlagt, vervinfacht, vielleicht auch verzehnfacht worden. Daß mit dieser enormen Steigerung der Produktivität und der Produktion der Arbeitslohn nicht gleichen Schritt gehalten hat, ist beinahe selbstverständlich. Es ist nicht nur eine Tendenz, sondern sozusagen ein Gesetz kapitalistischer Produktion, den Anteil des Arbeiters am Ertrage seiner Arbeit stetig zu verringern. Wie sich in der Papierfabrikation die Erzeugung, die Arbeiterzahl und der Arbeitslohn in den letzten beiden Jahrzehnten gestaltet und geändert hat, zeigt folgende Tabelle:

| Gesamt-Produktion: | Arbeiterzahl: | Auf 1 Arb. entf. kg: | Jahreslohn pro Arb.: | Lohn pro kg erzeugt. Papier: |
|--------------------|---------------|----------------------|----------------------|------------------------------|
| 1850               | 43 959        | 100                  | 18 710               | 2 350                        |
| 1897               | 77 976        | 000                  | 63 835               | 12 187                       |
| 1909               | 1 509 170     | 344                  | 87 335               | 17 278                       |
| 1910               | 1 790 784     | 804                  | 89 603               | 19 986                       |

+ seit 1897: 130 % 40 % 64 % 37 %

Wie die Tabelle zeigt, ist die Produktion seit 1897 dreimal mehr gesteigert worden als die Arbeiterzahl. Und die Arbeitsleistung ist doppelt so schnell gestiegen wie der Arbeitslohn. Leider stehen uns über die Löhne im Jahre 1850 keine Zahlen zu Gebote; es würde sich sonst eine noch drastischere Illustration des Mißverhältnisses zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung ergeben.

Daß die Unternehmer trotzdem über die hohen Löhne der Arbeiter und über die „erdrückenden sozialen Lasten“ jammern, versteht sich am Rande. Das darf und wird aber die Konferenz der Papierarbeiter nicht abhalten, sowohl an die Gesetzgebung ihre Forderungen zu richten, als auch Mittel und Wege zu suchen, wie das Vordringen der gewerkschaftlichen Organisation und damit die Besserung der Arbeitsbedingungen gefördert werden kann.

## Gewerkschaftsbewegung.

Nach dem Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Der am 19. April von der Polnischen Berufsvereinigung begonnene Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter ist nach einer dreiwöchigen Dauer und musterhaften Haltung der Streikenden am Vorabend des Pfingstfestes zusammengebrochen. Mehr als 70 000 arme, fleißige Bergarbeiter, lauter gute Christen, stellten die Arbeit ein, nachdem ihre Wünsche auf Aufbesserung ihres karglichen Lohnes brutal abgelehnt waren. Sie wollten durch den Streik ihre hochfeudalen, schwerreichen, patentärztlichen „Brotgeber“ zwingen, wenigstens einen Teil der Forderungen zu erfüllen. Standhaft ertrugen sie den Hunger mit ihren Familien, führten sich musterhaft, aber die christlich-höflichen Grubenmagnaten kannten kein Erbarmen. Poehend auf die Millionen, die sie seit Jahren und Jahrzehnten aus diesen armen Bergklaven herausgepreßt haben, lebten sie nicht nur alles ab, sondern drohten ihren Landeskindern und Glaubensgenossen mit Brotlosmachung, Entziehung der herrschaftlichen Wohnung, der Deputatlohn und anderer magnatischer „Wohltaten“, falls sie nicht sofort und bedingungslos zur Grube zurückkehren würden. Und die Re-

ein wenig Ruhe gönnen, während die Männer mit Hebeln und Schaufeln arbeiten, um den Boden unter dem Schnee zu unterkufen; denn in dieser Gegend lauern bisweilen böden, lose Felsen unter den Schanzen, und offene Quellen, die nur eine dünne Schicht bedeckt, verschlingen jeden, der sich ihnen ahnungslos nähert.

Obwohl es dunkel ist und sie das Unwetter gerade gegen sich haben, können die Männer doch schließlich das Moor sehen, das sie von der Hitze trennt, und da sie sich auf festem Boden glauben, kehren sie wieder zu den Pferden zurück, worauf die Fahrt weiter geht. Alle freuen sich jetzt, bald unter Dach zu sein, und die Pferde schaukeln und stampfen durch den Schnee, aber bald kann das vorderste vor Müdigkeit nicht weiter. Und da ist die Reihe an dem alten Honom, als erster zu fahren. Er arbeitet sich an dem Schlitten vorbei, der Wind zaust an seinen langen weißen Haaren, und als er an der Spitze des Juges anlangt, läßt er das Pferd ein wenig verschaukeln, während er mit seinem Hinterrücken redet. Und dann geht es vorwärts. Es knarrt und knirscht in den Deicheln, die Pferde schaukeln, die Männer rufen und schreien, das Unwetter läuft in den Fichtenzwipfeln und die Dunkelheit wird mit jeder Stunde undurchdringlicher.

Aber kaum ist die Fahrt zwanzig Ellen weiter gegangen, da ruft es vom ersten Schlitten: „Mein Pferd sinkt ein — hier ist eine offene Quelle — Hilfe!“

Es ist der alte Honom, der in Not ist und jetzt selber in der Quelle liegt. Sein Ruf geht wieder und immer wieder, und die Gefährten halten ihre Pferde an und eilen zur Stelle; aber hier sinken und fügen immer neue Schneemassen, und aus der Tiefe hören sie die verzweifelten Hilferufe Honoms und das Klatschen und Schrauben seines Brauens; der hat die Deichsel zerbrochen und schwimmt jetzt für sein Leben zwischen den hohen Schneewällen. Aber sie können nichts sehen in der fürchterlichen Tiefe. Da stürzt Jonas Grelsion davon, jagt eine Laterne aus seinem Schlitten hervor, zündet sie an und sieht damit an dem Wassergrab. Beim Schein des Talglatts sehen sie, wie Honom sich mitten im Wasser an einen Ast geklammert hält. Sein Gesicht ist vor Angst verzerrt und sein Ruf dringt durch Mart und Bein. Da wirft Domkapitel ihm eine Leine zu, aber kaum ist's getan, als der geangstigte Braune, der die Leute und das Licht gemahrt, sich herumwirft und sich in rasender Fahrt über den Alten hinwegarbeitet, und in weniger als einem Augenblick ist Honom in der nassen Schneemasse versunken und spurlos verschwunden. Die Männer schreien laut auf vor Entsetzen und die Pferde bäumen sich wild. Plötzlich sinkt der Schnee unter Jonas Grelsions Füßen — die Laterne bejährt einen Bogen, in der Luft fällt in die Tiefe und es ist wieder dunkel. Die Männer rufen wild durcheinander, aber Jonas antwortet aus dem Dunkel, daß es keine Gefahr hat.

(Fortsetzung folgt.)

gierung, die doch die Armen und Schwachen gegen die Mächtigen schützen soll, entfaltete Gendarmen und Polizisten in großer Zahl zum Schutze der Magnaten. Die Polnische Berufsvereinigung, die den Kampf ohne Rücksicht mit den anderen Verbänden einleitete, und die trotz dringenden Abrens des Genossen Löffler, Vertreter des Bergarbeiterverbandes, den Streik beschloß, hat ein leichtfertiges Spiel mit den Arbeitern getrieben. Sie haben ihnen zu viel versprochen und davon gar zu wenig gehalten. Der Bergarbeiterverband, der jede Verantwortung für die Bewegung abgelehnt, seinen Mitgliedern jedoch strenge Solidarität anempfohlen hatte, zahlte am 5. Mai, nach Ablauf der zweiten Streikwoche seinen Mitgliedern die statutenmäßige Unterstützung, während die großmäuligen Polenführer keinerlei Anstalten trafen, auch ihren Leuten die Unterstützung auszusagen. Damit setzte schon die Empörung ein. Tausende liefen zur Arbeit, während andere mit Gewalt auf Auszahlung der Unterstützung drängten. So mußte die Leitung der Berufsvereinigung denn am 7. und 8. Mai mit den Auszahlungen beginnen. Das war aber der sofortige und gänzliche Zusammenbruch des Streiks. Mitglieder, die jahrelang über 20 Mark zu beanpruchen hatten, erhielten 5-8 Mark, die jüngeren 2-3 Mark. Die Empörung der Leute kannte keine Grenzen; vielfach mußten die Führer polizeilichen Schutz nachsuchen, um sich vor Schlägen zu retten. Mehr als 10 000 liefen vor Mut und Empörung am 8. Mai zur Grube und so blieb den Führern nur noch übrig, so schnell als möglich den Streikabbruch zu beschließen. Die Revierkonferenz am 8. Mai, die den „Abbruch“ beschloß, nahm eine Resolution an, in der die Bergleute von neuem belogen werden. Die nach M.-Glabacher Müller abgefaßte Resolution besagte u. a.: „In eingehender Erwägung der Sachlage, zu der Überzeugung gekommen, daß die Mehrheit der Gruben die Stellung eingenommen hat, daß sie nach Aufnahme der Arbeit die Bergarbeiterforderungen berücksichtigen und die Löhne aufbessern werden. Angesichts dessen hält die Konferenz für richtig, den Streik einstweilen abzubrechen und abzuwarten, inwiefern die Versprechungen der Arbeitgeber bezüglich der Aufhebung der Bergarbeiterlage nach den Feiertagen in Erfüllung gehen.“ — Von einer Berücksichtigung oder Bewilligung der Forderungen ist nirgends die Rede. An demselben Tage, an dem die Berufsvereinigung diese Resolution annehmen ließ, fand eine Sitzung der Grubenbesitzer im Berg- und Hüttenmännlichen Verein statt, wo nach Angabe der Werkspresse einstimmig beschlossen wurde, den streikenden Bergarbeitern keinerlei Zugeständnisse zu machen, weder in bezug auf Lohn-erhöhung, noch Verkürzung der Arbeitszeit. Daß dieser Beschluß rücksichtslos durchgeführt wird, dafür bürgt das oberste Herrrentenverhältnis. Übrigens werden schon von allen Gruben Maßregelungen gemeldet, besonders müssen die Arbeiterauschüsse und Sicherheitsmänner bluten. Ebenfalls soll die Kontraktbruchstrafe generell abgezogen werden. Wie wenig die Führer der polnischen Berufsvereinigung an ihre Resolution glauben, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie noch am Abend des 9. Mai fluchtartig das Revier verlassen haben. Herr Mantowski-Bohum, Vorsitzender der Bergarbeiterabteilung, verließ mit seinem Stabe das Streikrevier und überließ es den armen Vertrauensleuten, die aufgeregte Masse zu beruhigen.

Der Abbruch des Streiks im ober-schlesischen Kohlenrevier vollzieht sich nicht einheitlich, sondern wird in wilden Ausschreitungen allmählich verbluten; wie das zu erwarten war. Ein großer Teil der Streikenden will von der Parole der polnischen Berufsvereinigung nichts wissen oder hat noch nichts davon erfahren, denn in den Kreisen Pleß, Agbnitz, Laurahütte bei Kattowitz und Myslowitz war am Dienstag fast niemand eingezogen. Die „Kattowitzer Zeitung“ berichtet, daß 17 000 Mann bei der Morgenfeier fehlten, während bei den Organisationen die Mitteilung einging, daß es mindestens 25 000 sind. Auf den festlichen Gruben ist der Streik vollständig beendet. Die Führer der polnischen Berufsvereinigung haben am 9. Mai sofort nach der Konferenz fluchtartig das Revier verlassen. Sie haben es nicht gewagt, den empörten Massen den Streikbruch mitzuteilen, wie sie es unterließen, ihre Parole durch ein Flugblatt bekannt zu geben. Einige Vertrauensmänner, die am 10. und 12. Mai in Versammlungen referierten, erklärten, daß weiter gestreikt werde, jedenfalls, um Mißhandlungen durch die empörten Arbeiter zu entgegen. Die Empörung der polnischen Bergarbeiter gegen die Berufsvereinigung ist grenzenlos, und es sind schon mehrere Mißhandlungen von Angestellten dieser Organisation bekannt geworden. In Zabrze wurde am 10. Mai der Lokalbeamte Manowski von den Mitgliedern derart mißhandelt, daß er in einer Droschke ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In Bentzen haben die Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung am zweiten Pfingstfeiertag das polnische Vereinslokal völlig demoliert. In Boremba wurden die Fenster Scheiben im polnischen Verkehrslokal eingeschlagen. In Schwientochlowitz mußte der Kassierer der polnischen Berufsvereinigung mißhandelt werden, während polizeilichen Schutz suchten. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun, um die Führer der polnischen Berufsvereinigung zu schützen. Die Empörung steigt aber immer noch, weil die Leute mit jedem Tage deutlicher einsehen, wie sie belogen worden sind: zunächst die erbärmliche Unterstützung von 3-6 Mk. für drei Wochen (vielfach sogar nur ein Schein für Buttermilch), dann die unwahren Angaben, die Unternehmer hätten die Forderungen bewilligt, wenn die Arbeit aufgenommen würde; dann die Mitteilung, daß Kontraktbruchstrafen nicht abgezogen werden dürften. Und nun erfahren die Leute, daß die Kontraktbruchstrafe allenthalben abgezogen wird, und daß die Kündigungen überhaupt rechtmäßig sind. Man behauptet sogar, daß es am Donnerstag bei der Lohnzahlung zu Tumulten kommen wird, weil dann die Kontraktbruchstrafen generell abgezogen werden. Die Armut ist unbeschreiblich. Keine Unterstützung von der Organisation. Der rückständige Lohn wird für Kontraktbruchstrafe und für Miete einbehalten. Die polnische Organisation nur noch ein Trümmerhaufen. Der alte Bergarbeiterverband hielt am zweiten Pfingstfeiertag mehrere Versammlungen ab, die zahlreich besucht waren. Allgemeine Befriedigung löste es namentlich bei den Frauen aus, als sie hörten, welche Unterstützungsjahre vom Verband gezahlt worden sind. — Die Verbandsmitglieder haben überall die Arbeit aufgenommen und sind der Parole gefolgt. Die Gendarmrie ist teilweise abgerückt. Die Breslauer Schutzleute sind aber noch alle im Streikrevier.

## Aus der Jugendbewegung.

Jugendtage. Die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung erfüllen ein dringendes Bedürfnis der arbeitenden Jugend, wenn sie die Sommermonate dazu benutzen, durch gut vorbereitete und vernünftig durchgeführte Ausflüge ins Freie den schulentlassenen Jungen und Mädchen der Arbeiterschaft die ihnen so nötige körperliche und geistige Erfrischung zu erleichtern. In den großen Festen, vornehmlich Pfingsten, werden zahlreiche zwei- und mehrtägige Wanderungen unternommen, die in einigen Bezirken zu sogenannten Jugendtagen ausgestaltet worden sind. Der Jugendtag ist ein großartiges Fest aller Jugendlichen eines Bezirks. Aus vielen Orten wandern die Jugendlichen in kleinen Gruppen ein und zwei Tage lang nach einem von besonderen Naturerscheinungen bereicherten Ort. Eine gewöhnlich im Freien abgehaltene gemeinsame Versammlung mit einem daran anschließenden

Fest bildet den eigentlichen Jugendtag. Die Massenbeteiligung an der Versammlung und dem Feste gestaltet diesen Tag zu einem bedeutenden Erlebnis, dessen sich die Jugendlichen noch nach Jahren freudig erinnern! Es versteht sich, daß eine derartige Massenversammlung Jugendlicher aus verschiedenen Gegenden das Gefühl der Solidarität stärkt und den Horizont erweitert. Und die behördlichen Drangsalierungen der freien Jugendbewegung machen die Jugendtage, ohne daß es die Absicht der Veranstalter ist, zu gewaltigen Demonstrationen für die Rechte der arbeitenden Jugend. Die Behörden, die anfänglich von dem Anblick so vieler jugendlicher Proletarier nervös geworden waren, und versucht hatten, die Jugendtage durch gewalttätige Sprengung zu verhindern, haben allmählich einsehen müssen, daß ihr Bestreben zwecklos ist. Diesmal verhielten sich die behördlichen Organe im allgemeinen zurückhaltend. Gewährung von Fahrpreismäßigung und freie Überlassung von Räumen als Nachquartier wurden der arbeitenden Jugend von den Behörden versagt. Darum hat die organisierte Arbeiterschaft ihrer Jugend diese Vergünstigung bewilligt. In den meisten Fällen haben die Jugendausschüsse die Hälfte der Fahrtkosten getragen, und in Massen wurde den Jugendlichen freies Quartier in Arbeiterheimen zur Verfügung gestellt. Allein in einem Ort (Kemscheid) wurden 1000 Jugendlichen in Arbeiterfamilien Unterkunft gewährt! Derartige Jugendtage fanden Pfingsten, wie uns berichtet wird, in vier Bezirken statt. Überall war die Beteiligung stärker als im vorigen Jahre. Die Jugend des Magdeburger Regierungsbezirks wanderte durch den Harz. Der Festversammlung in Halberstadt ging ein imposanter gemeinsamer Spaziergang durch die Stadt voraus; an ihm beteiligten sich mehr als 6000 Jugendliche. Einer Ansprache folgten künstlerische, musikalische und deklamatorische Vorträge. Der Jugendtag des Bezirkes Hannover fand in Hameln statt. Über 400 Jugendliche waren beteiligt. Nach einer Versammlung zogen die Teilnehmer nach dem Gewerkschaftshaus, um der Jugendfeier beizuwohnen. Die Jugend von 50 Orten Thüringens gab sich in Jena ein Stelldichein. Am dem Umzug durch die Stadt beteiligten sich 2000 Jugendliche. Die Polizei konfiszierte fünf Banner. Gegen die Fahnen des Jungdeutscherbundes hat die Polizei natürlich nichts einzuwenden. Die Versammlung wies 2800 Besucher auf. Die Feier wies ein streng künstlerisches Programm auf. In Kemscheid war die Jugend der niederrheinischen Orte versammelt. 4000 an der Zahl. Besonders imposant war der Festzug durch die Stadt, in welchem sich drei Musikkapellen befanden. Ein frohes Volksfest auf einer Wiese beschloß die Feier. Der prächtige Verlauf der Jugendtage, der durch die Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft ermöglicht worden ist, dürfte zur Förderung und Festigung der proletarischen Jugendbewegung wesentlich beigetragen haben.

## Aus Nah und Fern.

Der Berliner Knabenmörder gefaßt. Der Knabenmörder, der am ersten Pfingsttage den Gemeindeführer Otto Klähn ermordet und zerstückelt hatte, ist in der vergangenen Nacht in der Person des 30-jährigen Kochs und Dieners Josef Ritter aus der Hohenzollernstraße 26 verhaftet worden. Ritter war in der Villa der Gebrüder Guttmann in der Hohenzollernstraße, da seine beiden Herren verreist waren, allein und hatte den Knaben an sich gelockt. Nach seinen Angaben hat sich die Tat folgendermaßen abgespielt: Er habe mit dem Knaben in Verkehr treten wollen. Darauf habe dieser Geld erpressen wollen. Er habe ihm an den Hals gegriffen und dann einen Strick genommen, mit dem er den Knaben gewürgt habe. Zu seinem Entsetzen habe er aber bald gesehen, daß der Knabe tot war. Darauf habe er die Leiche zerstückelt und fortgeschafft. Der Mörder stammt aus Ostpreußen. Er war bereits in der Nachbarschaft durch sein Gebaren aufgefallen und hatte sich öfter an junge Leute herangemacht. Ritter hat das graugrüne Packpapier, in das der Leichnam des Kindes gehüllt war, in einem Geschäft gekauft, dessen Verkäufer den Diener bestimmt wiedererkennen will. Eine andere Person behauptet, den Diener mit einem graugrünen Paket auf der Straße angetroffen zu haben. Es wurde ermittelt, daß Ritter mehrfach mit Knaben verkehrt und daß er den Knaben Klähn in dem Geschäft an der Lützowstraße, wo der Junge Botengänge ausfuhrte, kennen gelernt hatte. Ritter war seit zwei Jahren bei der Herrschaft in der Hohenzollernstraße angestellt. Eine Hausdurchsuchung in der Villa führte eine blutgetränkte Schürze, die unter Gerümpel versteckt lag, zutage, ferner die Schuhe des ermordeten Knaben, die der Mörder in der Aufregung vergraben hatte, der zerstückelten Leiche beizulegen. Jetzt erst bequeme sich der Mörder zu einem Geständnis.

Ueber das Verhör des Knabenmörders wird noch gemeldet: Nachdem der Mörder die zerstückelte Leiche verpackt hatte, begab er sich mit den zwei Paketen auf die Straßenbahn, um nach dem Bahnhof Friedrichstraße zu fahren, wo er das größere Paket aufgeben wollte. Aber schon nach Zurücklegung einer kurzen Strecke verließ er den Wagen wieder und stieg in einen anderen; das Wiederholte sich mehrere Male, da ihn die Angst vor einer Entdeckung folterte. Er war der Meinung, daß jeder Mensch ihm ansehen müsse, daß er ein Mörder sei. Nach vielen Zirkusfahrten kehrte er in seine Wohnung zurück. Erst am Pfingstsonntag gelang es ihm, sich der beiden Pakete zu entledigen und sie an den Stellen niederzuliegen, wo sie aufgefunden wurden. Dann suchte er seine Wohnung auf und verließ sie bis zu seiner Verhaftung nicht mehr.

Bei der weiteren Durchsuchung der Sachen des Knabenmörders fand man Aufzeichnungen von seiner Hand, aus denen hervorgeht, daß der Täter nicht nur homosexuelle Neigungen hatte, sondern auch ein ausgesprochenes Sadist ist. Als ihm diese Aufzeichnungen vorgelesen wurden, gab er nach einem Sträuben zu, daß er an dem Knaben Klähn einen Lußmord verübt hat. Ein Erpressungsversuch des Jungen habe nicht stattgefunden. Er habe stets Freude daran gehabt, sein Opfer zu quälen, und sich dadurch eine gewisse sinnliche Befriedigung verschafft. Wie er behauptet, ist er bereits früher einmal wegen seiner anormalen Gefühle in der Irrenanstalt in Laibach gewesen. Ob das wahr ist, wird erst nachgeprüft.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge. Auf dem Flugplatz Johannisthal kollidierte ein Flugzeug der Luftverkehrsgesellschaft, auf dem Kapitän Jucker von der Luftverkehrsgesellschaft mit dem Flugschüler Dietrich lag, mit einem Harlan-Gindecker, der von dem Flieger Wechsler geführt wurde und auf dem ebenfalls ein Flugschüler sich befand. Durch den Unfall wurde das Flugzeug der Luftverkehrsgesellschaft vollkommen zertrümmert und Kapitän Jucker auf der Stelle getötet. Der Flugschüler Dietrich erlitt schwere Verletzungen und wurde nach dem Elisabethhospital in OberSchönweide geschafft. Die beiden anderen Flieger sind mit leichten Verletzungen davongekommen.

Fanatische Arbeiterfeinde. Der Arbeiterradfahrerverein in Kirchhellen (Kreis Sameln) veranstaltete am zweiten und dritten Pfingsttage ein Bezirksfest. Zu diesem Zweck hatte sich der Verein einen Festplatz gemietet. Inzwischen hatten aber geheime Kräfte gewählt, den Arbeitern das Fest zu verderben. Der Eigentümer des Platzes wurde von gewissen Arbeiterfeinden so lange bear-

beitet, bis er seine Erlaubnis zur Benutzung des freien Platzes zurückzog. Von diesem Entschluß wurde aber nicht einmal dem Arbeiterradfahrerverein direkt benachrichtigt, sondern dem Steuerkontrollleur Brode wurde von dem Eigentümer Vollmacht gegeben, dem Verein von der Zurückziehung der Erlaubnis Kenntnis zu geben. Dieser Umständlichkeit hätte es aber garnicht erst bedurft. Auch von anderer Seite wurden dem Verein Schwierigkeiten gemacht, nämlich vom Landrat. Als am Donnerstag das Fest angefahren wurde, fanden die Beauftragten des Radfahrervereins auf dem Platz nicht weniger als sieben Gendarmen vor, außerdem noch einige Straßenwärter, die den Aufbau des Festes verboten. Begründet wurde das Verbot damit, daß die Zelte zu nahe an der Straße stehen würden und daß, mit Rücksicht auf den großen Autoverkehr an den Pfingsttagen, die öffentliche Sicherheit bedroht sei. Wir fühlen nicht die Verpflichtung, noch besonders nachzuweisen, wie wenig stichhaltig diese Gründe sind; ihre Unhaltbarkeit liegt offen zutage. Es sei nur noch mitgeteilt, daß die gegen den Verein unternommenen Maßregeln zunächst das Gute im Gefolge hatten, daß ein anderer Einwohner ein Stück Land zur Abhaltung der Feststätte zur Verfügung stellte, das weit genug von der Straße liegt. Dieser Mann hielt erfreulicherweise fest an seinem Versprechen, obwohl auch er gleich ordentlich bearbeitet wurde. Wie fanatisch man gegen die Arbeiterradfahrer gewütet hatte, geht auch daraus hervor, daß im Orte nicht einmal Pferde zu bekommen waren, die den Wagen mit den Zelten auf das von dem zweiten Einwohner bereitgestellte Stück Land ziehen sollten. Der Wagen mußte dann schließlich von etwa fünfzig Leuten an Ort und Stelle geschafft werden. Die Bemühungen der Arbeiterfeinde hatten also auch in diesem Falle den entgegengesetzten Erfolg, wie wohl gewünscht worden ist. Jedenfalls aber werden diese Vorkommnisse dazu beitragen, die Arbeiter immer fester in den eigenen Organisationen zusammenzuschweißen. Der unmittelbare Erfolg der Maßregeln aber dürfte sich bereits am 16. Mai bei den Wahlmännern zeigen.

Ein neuer Genossenschaftsbruch in Hessen. Noch sind die Prozeßverhandlungen wegen des Niedermöddauer Bankbruchs nicht zu Ende, da kommt ein neuer Schlag. Aus Friedberg wird gemeldet: Bei der hiesigen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, deren Wirkungsbereich sich über die ganze Wetterau erstreckt — auch mehrere nassauische Kreise werden berührt — wurde eine Unterbilanz von weit über 100 000 Mk. festgestellt. Im vorigen Jahre hatte die Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft 48 000 Mk. Unterbilanz, welche gedeckt wurden durch einen Zuschuß des Aufsichtsrats und Vorstandes mit 21 000 Mk. sowie 18 000 Mk., wofür der frühere Direktor Mennel haftbar gemacht wurde. Die 21 000 Mk. waren jedoch nicht eingezahlt, sondern nur in Aussicht gestellt, falls die Genossenschaft nicht liquidiert würde. Die 18 000 Mk. waren uneinbringlich, indem Herr Mennel kurz vorher den Offenbarungseid geleistet hatte. Durch den Zusammenbruch der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank in Darmstadt sind in diesem Jahre wieder zirka 50 000 Mk. Defizit entstanden. In einer demnächst stattfindenden Generalversammlung soll über den Fortbestand der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Beschluß gefaßt werden. Gegen Herrn Mennel ist Anklage wegen Bilanzverschleierung erhoben. Das Großherzogtum Hessen kommt aus der Genossenschaftskrise nicht heraus; die kleinen Bauern müssen fortgesetzt in den Geldbeutel greifen, um die Schwimdebelen von Direktoren zu decken.

Der Duellkampf bei den „Edelfien und Weiten“ wird durch eine Skandalaffäre, die in Österreich spielt, in seiner ganzen Schaulustigkeit bloßgelegt. Es ist eine ganze Kette von Duellen mit ihren elchastischen Begleiterscheinungen. Die Ursachen sind — wie fast immer — Gerüchte, Klatsch, unüberlegte Worte. Der Streit stammt aus früherer Zeit, da die beiden Gegner des neuesten tödlich verlaufenen Pistolenduell — Lösung des Oberleutnants Heinrich Weiß durch den Hauptmann Zborowski — noch der Luftschifferabteilung zugezählt waren. Damals erschloß sich ein junger Oberleutnant und sein freiwilliger Tod wurde mit dienstlichen Angelegenheiten in Zusammenhang gebracht und von den Offizieren viel besprochen und viel kommentiert. Bei einer Ballonfahrt soll ein einer der beiden Offiziere, die zum Duell antraten, über den andern, und zwar zu einem dritten Offizier, eine allfällige Bemerkung gemacht haben. Diese vertrauliche Bemerkung hinterbrachte dieser Offizier, der übrigens seither den Militärdienst quittiert hat, und der Beleidigte soll damals geäußert haben, daß er keinem Genährsmann mehr Glauben schenke als dem Beleidigten. Es heißt, daß aus der Parteinahme der Offiziere in diesem Streite zwölf Ehrenaffären resultierten und daß der „Ehrenrat“ bisher in vier Fällen die Austragung mit der Waffe verweigert habe. Nach einer andern Darstellung, in der jener aus dem Heeresverband ausgesetzte Offizier als der gewesene Oberleutnant Kreipner bezeichnet wird, soll sich Zborowski bei einer mit Kreipner vorgewonnenen Ballonfahrt geringschuldig über eine Reihe von Fliegeroffizieren geäußert haben. Da Oberleutnant Heinrich Weiß die Äußerung tat, daß er der Mitteilung des ehemaligen Oberleutnants Kreipner über die erwähnte angebliche geringschuldige Bemerkung Zborowskis betreffs der Fliegeroffiziere Glauben schenke, kam es zur Herausforderung, der er folgte leistete. Ob nun die eine oder die andere Darstellung den Sachverhalt genau wiedergibt, in beiden Fällen handelt es sich offensichtlich entweder um Rappalien des Klatsches oder um die unüberlegte, freitragliche Art des Hauptmannes, der von einer Affäre in die andere gerät. Und da sollte das Ehrengericht, dem der Fall vorlag, da sollte das vorgefekte Korpskommando nicht haben einen unblutigen Ausweg finden können? Im Gegenteil, es hat das Duell zugelassen, was dem Sinne nach jowiel heißt als anbegehlen; es hat ausgesprochen, daß die „Beleidigung“ nur mit Blut gesühnt werden konnte. Demzufolge ist denn auch Hauptmann Zborowski trotz des unglücklichen Ausgangs des Duells jeder Verantwortung vor dem Militärgericht entzogen; ihn bedt ja der Beschluß des „Ehrenrates“. Ja, wenn der Bericht den Tatsachen entspricht, hat der Hauptmann außerdem noch die Gelegenheit, unbehelligt von gerichtlichen Einmengen, vier andere Kameraden in den Sand zu strecken. Es kommt jetzt ausschließlich auf sein Glück und seine Zielhärtheit an. Das ist denn doch ein unerhörter Skandal, ein Faktum, dessen Brutalität auch die Militärkommission aus ihrer anbetenden Bewunderung des Offiziersehrenbegriffs aufheben müßte. Wir reden da gar nicht von unfer, den sozialdemokratischen Grundsätzen, die nicht nur jeden Zweikampf, sondern auch die herrschenden Auffassungen und Reihen vorurteile des Offiziersberufs, aus denen das Duellmüßigen quillt, verwerten. Doch selbst vom bürgerlich-militärischen Standpunkt, wenigstens so wie ihn die bürgerlichen Parteien einnehmen, muß das Verhalten des Kriegsministeriums und des Korpskommandos als im höchsten Grade tadelnswert erachtet werden. Denn wir sehen, daß der „Ehrenrat“ aus den Zänkereien eines unverträglichen Offiziers und dem sich daran knüpfenden Klatsch zehn Affären herauswachsen läßt, von denen er nicht weniger als vier für wert und würdig findet, mit Tod und Blut gesühnt zu werden. Und das wollen gebildete Männer sein, die auf das „Volk“ mit Verachtung und Verachtung herabsehen!

**Bootsunglück auf dem See.** Dienstagabend sind auf dem See bei Königberg i. Br. drei Personen einem Bootsunglück zum Opfer gefallen. Dort kenterte ein Segelboot, das mit sechs Personen besetzt war. Der Winter Berner, seine Frau, ein Fräulein Krause, und der Maler v. Wryborowski ertranken. Die drei anderen Insassen, darunter zwei Kinder, konnten gerettet werden.

**Der Bürgermeister von Ustom als Legionär.** Der „Matin“ meldet aus Saïda: Es bestätigt sich, daß der Bürgermeister Trömel von Ustom in das 2. Regiment der Fremdenlegion eingetreten ist. Von seinen Offizieren befragt, erklärte er, daß er sich gegen die Entlassungen und Absichten der deutschen Zeitungen vermahne. Trömel begab sich am 10. April nach Saïda und hat niemals daran gedacht, zu entfliehen. Er stellte die Behauptung auf, daß er seine Tätigkeit überdacht habe und daß er wohl müde, was er tat. Er habe nicht den Wunsch, die Fremdenlegion wieder zu verlassen. Ferner teilte er mit, er sei nach Ustom als Bürgermeister gekommen, weshalb habe er große Enttäuschungen erlebt und sich nach dem Soldatenleben zurückgezogen. Aus diesem Grunde habe er auch das Engagement bei der Fremdenlegion angenommen, weil ihn die abenteuerliche Existenz dort sehr anzog. Er wünsche, unter den französischen Fahnen seine Pflicht als Soldat zu tun und hoffe, nach Marokko entsandt zu werden, um an dem dortigen Feldzug teilzunehmen. Dagegen wird aus Ustom mitteilend gemeldet: Der Bürgermeister Trömel aus Ustom ist leinzeitig in Paris zusammen mit einem Deutschen aus Lüttich für die Fremdenlegion angeworben worden. Dem Lütticher ist es gelungen, vom Fort St. Jean bei Marokko zu entfliehen. Trömel hat die Flucht nicht gewagt. Er hat aber den Lütticher, in Deutschland für ihn zu wirken.

**Der geprellte Steuerfiskus.** In einer ganzen Reihe Straßen Dresdens steht man recht respektabel und gut bürgerlich aussehende Häuser, in die man erst Zutritt erhält, nachdem des Hauses getreue Beschließerin den Eintrittsbegehrenden einer kurzen, aber kritischen Musterung unterzogen hat. Dinnen wohnen drei bis vier düsterrig beladene Venuspriesterinnen, die das Recht haben, nach Errichtung einer Miete von 12-20 Mk. pro Tag auf ihren Zimmern Freunde und Fremde zu empfangen. Dem geschäftigen Verkehr aber dient der gemeinliche „Salon“. Eines dieser Häuser, die der Ausübung des ehrbaren horizontalen Gewerbes dienen, war vor kurzem Streitoljekt vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht. Die Vorbesitzerin hatte das Gebäude — im Volksmunde „Vordell“ genannt — im Jahre 1910 für 121 000 Mk. gekauft und im Jahre 1912 für 155 400 Mk. weiter verkauft. Wenn dem mühsam durch Begünstigung des Handels mit Menschenfleisch erzeugten Profit wollte der unerfährliche Steuerfiskus eine Reichssteuerzuschlagsteuer von 2 444 Mark haben. Aber er ist abgeblüht. Der neue Besitzer, ein Kaufmann Markowetz, hat das Haus natürlich gekauft, weil es Vordellmaschinen diente und nach dem Kaufvertrag auch weiter dienen soll. Ein derartiger Vertrag verstößt aber wider die guten Sitten, ist daher nach bürgerlichem Rechte unanständig und kann infolgedessen auch nicht eine steuerrechtliche Grundlage bilden. Bravo! Das wäre ja

auch noch schöner! Will steigert man durch eigene Intelligenz und unermüdblichen Fleiß der „Hausdamen“ den Wert des Grundstückes und dann soll man noch dem Steuerfiskus opfern. Da muß ja der Familienstamm und die Vaterlandsliebe zum Teufel gehen!

**Elf Jahre unschuldig im Gefängnis.** Im Jahre 1902 wurde ein Landarbeiter namens Garbelli in Pila zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ihn die Geschworenen für überführt hielten, seine Geliebte ermordet zu haben. Der Prozeß beruhte ausschließlich auf Indizien, und der Verurteilte hat nie aufgehört, seine Unschuld zu beteuern. Jetzt hat nun das Gericht ohne ein eigentliches Wiedernahmeverfahren eine Erhebung über den Fall veranlaßt, die den Beweis der Unschuld des Verurteilten ergeben hat. Da ein Wiedernahmeverfahren so unendlich lange dauern würde, daß der unschuldig Verurteilte Zeit haben würde, inzwischen zu sterben, hat die Oberstaatsanwaltschaft ihn der Begnadigung empfohlen. Das Dekret ist bereits unterzeichnet. So kommt der unglückliche Mann, den man um elf Jahre seines Lebens betrogen hat, nur durch einen „Gnadenakt“ zu seinem Rechte! Von Entschädigung für das erlittene Unrecht ist natürlich nicht die Rede.

**Automobilunglück.** Aus München wird berichtet: Dienstag nachmittag ist bei Neuherrberg in der Nähe von Saleisheim ein mit vier Personen besetztes Automobil, als es eine Straßenkurve zu scharf nahm, in den Straßenrand gestürzt, wo es sich überschlug. Der Fahrer und Wagenlenker, der Bankbeamte Simonid aus Berlin, geriet unter den Wagen und wurde sofort getötet. Die übrigen Insassen sind mit geringfügigen Verletzungen davon gekommen.

**Verstümmelt.** Der zwanzigjährige Student der Chemie Josef Schlegel und sein vierjähriger Bruder, der Realchiliter Herbert Schlegel, beide Söhne eines Innsbrucker Hotelbesizers, wurden unterhalb der Sattelspitze von einer Schneelawine verdrückt. Von Innsbruck abgelaufene Rettungs Expeditionen fanden den jüngeren Bruder zwar schwer verletzt, aber noch lebend auf. Der ältere Bruder wurde als Leiche gefunden.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Auf der Müdersdorfer Portland-Zementfabrik in Herzfelde brach ein Gerüst in sich zusammen und begrub 3 Arbeiter. Einer wurde schwer verletzt. Die anderen sind leichter verletzt worden.

**Bootsunglück.** Aus Trebeurden in der Bretagne wird gemeldet: Als der Steinmetz Lehouvennes mit seiner Frau und zwei Knaben eine Bootsfahrt unternahm, brachte eine Sturmsee das Fahrzeug zum Kentern. Lehouvennes und seine Kinder sind ertrunken. Die Frau ist gerettet worden, sie wurde aber wahnsinnig.

**Explosion.** In der Fabrik zu Jersey City ereignete sich eine Explosion. Drei Arbeiter verbrannten. Ihre Körper wurden in die Luft geschleudert und fielen mitten unter die Arbeiter einer Nachbarfabrik, die gerade ihre Mittagspause hatten, nieder. Acht Arbeiter erhielten schwere Verletzungen. Viele Frauen fielen in Ohnmacht.

**Bürgertafel.**

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Land- amte angenommen:

Obergärtner Wlisch, Arbeiter Arndt, Rutscher Wöhl, Schneidermeister Bandholz, Arbeiter Brösson, Arbeiter Borch, Schriftfeger Bostd, Arbeiter Bollwig, Bankvorsteher Breithor, Agent und Kommissionsär Burmeister, Handels- bevollmächtigter Degenkolb, Schriftfeger Dehinter, Koffer- träger Delater, Tischlergeselle Diekmann, Straßenreiner Dik, Straßenbahnwagenführer Dose, Fahrstuhlwärter Düder, Matergeselle Ehlers, Straßenbahnwagenführer Ehme, Arbeiter Eschenbach, Arbeiter Fanger, Arbeiter Fischer, Arbeiter Flögel in Altherau, Eisenbahnwagen- schieber Goden, Schlossergeselle Green, Arbeiter Gressmann in Niendorf i. Lüb., Eisenbahnbetriebssekretär Großmus, Arbeiter Grube, Arbeiter Hartkopf, Tischlergeselle Helne- mann, Postbote Henschel, Schuhmann Herr, Arbeiter Höppler, Lehrer Holtkoth, Rutscher Husfeldt, Lehrer Jäger, Hafenarbeiter Jarchow, Arbeiter Jürgens, Drehergeselle Köster, Bureauassistent Külls, Arbeiter Laak, Buchhalter Langbehn, Arbeiter Langbehn, Privatmann Langenhelm, Handlungsgehilfe Lehmann, Koffschlächter Lübbe, Zollsekretär Lübbe, Schlachtergeselle Lüth, Schneidergeselle Maafs, Arbeiter Möller, Fachlehrer an der Gewerbe- und Bau- gewerkschule Möller, Gärtnergehilfe Müller, Arbeiter Müll, Landwirtsträger Müll, Eisenbahnweichensteller Nevermann in Niendorf i. Lüb., Arbeiter Oßmann, Arbeiter Parbs, Hilfsgehilfen Pichelmann, Arbeiter Poggensee, Stra- ßenreiner Pohn, Arbeiter Pund, Arbeiter Rahau, Ar- beiter Rahn, Rutscher Rakeburg, Arbeiter Rakeburg, Lehrer Rahow, Rutscher Rickhof, Arbeiter Rogoisch, Wein- arbeiter Ronge, Schneidergeselle Schlachte, Arbeiter Sell- mann, Eisenbahnkassierer Sasse, Buchhalter Schärfte, Ar- beiter Schanko, Landmann Schrader in Teutendorf, Arbeiter Schünemann, Mechanikergehilfe Schulz, Bauassistent See- mann, Bahnhofsportier Solbein, Arbeiter Stier, Bahn- arbeiter Specken, Kofferträger Tand, Erddler Tich, Maler- geselle Tiebe, Arbeiter Tralau, Matergeselle Vogel, Ar- beiter Warnemünde, Schuhmachergeselle Wendorf, Gastwirt Westphal, Arbeiter Westphal, Arbeiter Willbrandt, Schrift- feger Wilpert, Lagermeister Wittkuhn, Bauwart Wolter, Eisenbahnwagenführer Wlischhoff.

Dieselben haben am 26. April 1913 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Inserate**

finden durch den „Lübecker Volks- boten“ in den Kreisen des werk- tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

**Verkauf lebender Bunt am Freitag, dem 16. Mai 1913**  
vormittags von 5 Uhr ab an der  
**Sürttertorbrücke, Mühlentorbrücke, Drehbrücke und Struckfähre.**

**Statt besonderer Meldung!**  
Am Dienstag, dem 13. Mai stark nach kurzer schwerer Krank- heit meine liebe unvergessliche Frau, meiner Außerwärtigen Mutter  
**Frieda Groth geb. Dunkelmann**  
im Alter von 27 Jahren.  
Schmerzlich vermisst von  
**Wilhelm Groth und Kinder**  
und alle die ihr nahe standen.  
Schönbeck.  
Die Beerdigung findet am Freitag, d. 16. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Kapelle Bor- west statt. (3555)

**Wichtige Malegerinnen bei hohem Lohn (3558)**  
**L. Peters Nachfl.**  
Beckstraße 65.  
**Wichtige Schuhmacher (3559)**  
haben bewährte Beschäftigung. Alsterstraße 21  
**Wichtige mit Gehalt in der (3560)**  
Friedrichstraße 17, 1  
**Wichtige Schuhmacher (3561)**  
haben bewährte Beschäftigung. Alsterstraße 72  
**12 Jahre gute Erfahrungen (3562)**  
haben. Alsterstraße 21

**Ein Sieg der deutschen Industrie!**



**LUPA Cigaretten**

**2 Pfg. das Stück**

Oriental Tabaku, Inh. Hugo Zietz, Cigarettenfabrik, Hofflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen, Vertriebs-Dresden

**Gut erhalt. Kinderwagen billig zu verkaufen.**  
Lange Reihe 12a L. (3548)  
Zu verkaufen: 1 zweirädriger Kleiderständer, 1 altes Sofa. Annimstraße 7. (3556)

**Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgearbeitet unter prompter Be- dienung. Email, Servier, bill. u. gut. (3563)  
Carl Heynert, Lübeck, Meißel Allee 6a, Telefon 352

**Leere Farbetonnen**  
vorrätig.  
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

**Schuhwaren**  
für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710)  
Damenstiefel . . . 4.95-12.50  
Herrenstiefel . . . 5.50-14.95  
Kinderstiefel, Gr. 22-35, in den Preislagen . . . 1.95-6.25  
Sandalen, braun Segeltuch, Paar . . . 1.08, 1.25, 1.48  
Sandalen, lederne, Paar . 1.58, 1.78, 1.98, 2.28  
Häufige i. Kinder . 2.25-13.-  
Herren-Häufige . 12.85-17.50  
Arbeiter-Farberie sehr billig.  
**Johannes Holst,**  
Kohlmarkt 6. Markt 6.

**Gedenkblatt zur 50 jährigen Jubiläumsfeier der sozial- demokratischen Partei Deutschlands.**

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46** und deren Kolporteurs.



**Immer mehr Freunde erwirbt sich Ragoda das selbsttätige Waschmittel**

bestbewährt und billig, daher der große Erfolg. Bis Ende 1914 zur Einführung gegen Guthschein von 5 Pfd. eine Schere usw., von 10 Pfd. 1 Paar la. Messer und Gabel usw. überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg. (280)

**Visiten-Karten**  
empfehlen die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**